

Zeitschrift: Schweizer Hotel-Revue = Revue suisse des hotels
Herausgeber: Schweizer Hotelier-Verein
Band: 44 (1935)
Heft: 27

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 28.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

SCHWEIZER HOTEL-REVUE

REVUE SUISSE DES HOTELS

Nº 27
BASEL, 4. Juli 1935

Nº 27
BALE, 4 juillet 1935

INSERATE: Die einspaltige Nonpareilzeile oder deren Raum 45 Cts. Reklamen Fr. 1.50 per Zeile. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt.

ABONNEMENT. SCHWEIZ: jährl. Fr. 12.—, halb. Fr. 7.—, vierteljährlich Fr. 4.—, monatlich Fr. 1.50. AUSLAND: bei direktem Bezug jährlich Fr. 15.—, halbjährlich Fr. 8.50, vierteljährlich Fr. 5.—, monatlich Fr. 1.80. Postabonnements: Preise bei den ausländischen Postämtern erfragen. Für Adressänderungen ist eine Taxe von 30 Cts. zu entrichten.

Organ und Eigentum
des Schweizer
Hotelier-Vereins



Organe et propriété
de la Société Suisse
des **Hôteliers**

Erscheint jeden Donnerstag

Vierundvierzigster Jahrgang
Quarante-quatrième année

Paraît tous les jeudis

ANNONCES: La ligne de 6 points ou son espace 45 cts., réclames fr. 1.50 par ligne. Rabais proportionnel pour annonces répétées.

ABONNEMENTS: SUISSE: douze mois fr. 12.—, six mois fr. 7.—, trois mois fr. 4.—, un mois fr. 1.50. Pour l'ETRANGER abonnement direct: 1 an, 15 fr.; 6 mois, 8 fr. 50; 3 mois, 5 fr.; 1 mois, 1 fr. 80. Abonnement à la poste: demander le prix aux offices de poste étrangers. Pour les changements d'adresse il est perçu une taxe de 30 centimes.

Postcheck- & Giro-Konto No. V 85

Redaktion u. Expedition: Gartenstrasse No. 46, Basel
Verantwortlich für Redaktion und Herausgabe: Dr. Max Riesen

TELEPHON
No. 27.934

Rédaction et Administration: Gartenstrasse No. 46, Bâle
Druck von Emil Birkhäuser & Cte., Basel

Compte de chèques postaux No. V85

Inhaltsverzeichnis — Sommaire

Erhöhung des Zucker- u. Benzinzolles — Neue Belastung d. Hotellerie (Preiszuschlag a. Speiseöl) — **Ein neuer Entwurf „Arbeitszeitgesetz“** (S. 2) — **Offizielle Todesanzeige** — **Eidg. Getränkesteuer** — **Auskunftsdiens** über Reisebureaux etc. — **Bergbahnen und „Hotel-Plan“** — **„Hotel-Plan“ im Radio** — **Beschäftigungsgrad i. d. Hotellerie** — **Marktmeldungen** (S. 3) — **Abgabe von verbilligtem Benzin** — **Bundesversammlung** — **Nachruf Alfred Müller** — **Bundesbeschluss über vorübergehende**

rechtliche Schutzmassnahmen für die Hotellerie (Seiten 5/6) — **Kurzmeldungen. Warnungstafel.**

Tourisme italo-suisse, amélioration du système des devises — Impôt fédéral sur les boissons — Le Plan hôtelier Duttweiler, attitude de l'Hôtelplan et de la S.S.H. — L'avenir de notre économie nationale — Union suisse des arts et métiers — Activité de l'hôtellerie en mai 1935 — A Lugano — L'Association des épiciers suisses — Informations diverses.

Erhöhung des Zucker- und Benzinzolles

(Dr. St.) Durch Bundesratsbeschluss vom 25. Juni 1935 wurde der Zoll auf Zucker und Benzin mit sofortiger Wirkung erhöht. Beides sind Massnahmen und Belastungen, die für die schweizerische Hotellerie und den Fremdenverkehr von weittragender und schädlicher Bedeutung sind.

Zur Erhöhung des Zuckerzolles.

Der Zoll wurde auf allen Zuckerpositionen heraufgesetzt und zwar für Kristallzucker von Fr. 0,07 per kg auf Fr. 0,22 per kg, womit der Detailpreis von Fr. —23 auf Fr. —38 per kg ansteigen wird. Die Preissteigerung beträgt 65%.

Ein Finanzzoll auf Zucker hat den Nachteil, dass er auf die Zahlungsfähigkeit des Verbrauchers keine Rücksicht nimmt. Die Steuerquelle, d. h. was man durch die Steuer (resp. Zoll) treffen will, ist das Einkommen des Verbrauchers. Im Gegensatz zu den direkten Steuern haftet dem Zuckerzoll etwas Unsoziales an, er kann sogar ganz ungerechte Belastungen für gewisse Verbrauchergruppen (wie z. B. für die Hotellerie) mit sich bringen, die in keinem Verhältnis stehen zu dem Einkommen des Einzelnen. Wenn auch für die Erhöhung des Zuckerzolles angeführt wird, der Zuckerpreis sei vor einigen Jahren noch bedeutend höher gewesen, und der Konsument könne deswegen eine erhöhte steuerliche Belastung ertragen, so ist das eine Argumentation vom rein fiskalischen Standpunkt aus, nicht aber vom volkswirtschaftlichen, aus dem sich eine Rechtfertigung nicht ableiten lässt. Der Konsument wusste es zu schätzen, dass durch die grossen Zuckerüberschüsse auf dem Weltmarkt, welche die Schweiz zu einem billigen Preis aufnahm, die Lebenskosten sich senkten. Der Zucker stellte quasi ein Ausgleichsmittel dar gegenüber lebenswichtigen Produkten, die im Preise noch weit über den Vorkriegspreisen stehen, gerade gegenüber solchen, bei denen ein weiterer Preisabbau mit Rücksicht auf die inländische Produktion bekämpft wird.

Abgesehen davon, kommt die Erhöhung des Zuckerzolles zu einem Zeitpunkt, der aus wirtschaftlichen Gründen sehr schlecht gewählt wurde. Wir stehen vor der Beeren- und Obsterte. Man weiss, wie schwierig es ist, diese unterzubringen. Nur mit Hilfe der Konservierung konnte sie in den letzten Jahren verwertet werden. Letztere benötigt aber Zucker in einem gewaltigen Ausmass. Die Verteuerung des Zuckers wird viele Konsumenten vom Konservieren von Früchten und Beeren abhalten und damit wird auch der Absatz dieser einheimischen Produkte nicht so glatt vonstatten gehen und schliesslich auch einen Druck auf den Produzentenpreis nach sich ziehen.

Wir wissen allerdings, dass der Bund neue Einnahmequellen zur Erhaltung des Budgetgleichgewichtes schaffen muss. Die starke Schrumpfung der wichtigsten Einnahmen (Zölle und Stempelabgaben) und die in Aussicht stehenden zusätzlichen Ausgaben zur Überwindung der

Krise zwingen den Bund zur Eröffnung neuer Finanzquellen. Da Sparmassnahmen, wie Lohnabbau usw. nicht populär sind, so suchte man den Zucker u. a. als Steuerobjekt heraus. Auf den einzelnen Erwerbsfähigen und seine Familie wirkt sich die neue Belastung mit etwa Fr. 8.— bis Fr. 10.— im Jahre aus. Sie ist für manches Haushaltungsbudget keine Kleinigkeit. Man konnte das deutlich an dem Run konstataren, der am Tage nach der Zollerhöhung auf die Spezerelläden einsetzte, um noch Zucker zum alten Preis zu erhalten. Besondere Wirkungen in Bezug auf die Belastung ergeben sich für gewisse Erwerbskreise, für die der Zucker ein unentbehrliches Produkt (Rohstoff) zur Führung eines Gewerbes dient, wie z. B. für die Hotellerie, Konditorengewerbe usw. Wenn der Zuckerzoll eine Konsumsteuer sein soll, so wird angenommen, dass er bis auf den letzten Verbraucher abgewälzt wird. Bleibt er aber beim Gewerbe hängen, so wird er zu einer sogenannten Produktions- oder Gewerbesteuer, die sich in der heutigen Zeit der wirtschaftlichen Not niemals rechtfertigt.

Kann z. B. die Hotellerie die Belastung aus dem erhöhten Zuckerzoll wieder auf ihre Gäste abwälzen? Jeder weiss, dass dies unmöglich ist. Der Hotelier kann seine Hotelpreise deswegen nicht erhöhen. Für ihn wird der Zuckerzoll zu einer **Spezialsteuer**. Der Gastwirt und Hotelier hat nicht nur den Zoll auf Zucker, den er und seine Familie konsumiert, zu tragen, sondern auch den Zoll auf Zucker, der von seinen Gästen und Angestellten verbraucht wird. Auf das Einkommen des Hoteliers macht das eine **Belastung aus**, die weit über einem Mittel steht, das einer sozialen Gerechtigkeit entspricht. Bedauerlicherweise wird das dem Hotelier zu einer Zeit zugemutet, wo er bereits eine Menge von Spezialsteuern zu tragen hat und, infolge der Krise am Äussersten seiner Existenzfähigkeit angelangt, in sehr vielen Fällen sogar gezwungen ist, Bundeshilfe in Anspruch zu nehmen. Mit andern Worten: man gibt dem Hotelier aus Bundesmitteln, wenn er zahlungsunfähig wird, damit die Gläubiger noch etwas erhalten, und **andererseits belastet man** zu Gunsten der Bundeskasse den Saniernten und den Hotelbetriebsinhaber, der sich **mit seinen letzten Mitteln** noch selbst zu helfen sucht, bis er schliesslich auch soweit ist, und seinen Betrieb, den er vielleicht während Jahrzehnten durch mühevollen Arbeit durchgehalten hat, zur Sanierung anmelden kann.

Die neue Belastung durch den Zuckerzoll kostet die Hotellerie über eine Million und verteilt sich auf nahezu 8000 Hotel- und Pensionsbetriebe. Nicht nur der direkte Verbrauch ist in Betracht zu ziehen, sondern auch der Verbrauch von Zucker, der in andern lebenswichtigen Artikeln, welche die Hotellerie bedarf, enthalten ist, wie Früchtekonserven, Konfitüren, Kunstthong, Konditoreiwaren usw. Wenn die Zuckerzollerhöhung in den Kreisen der Hotellerie

Neue Belastung der Hotellerie: Preisaufschlag auf Speiseöl

Wie die Presse meldet, hat der Bundesrat in einer kürzlichen Sitzung beschlossen, auf Speiseöl einen Preiszuschlag von 25 Rappen pro Liter zu legen, der vom 1. Juli an von der Genossenschaft für Futtermittel, bzw. von der Sektion für Einfuhr des Volkswirtschaftsdepartements bei Erteilung der Einfuhrbewilligungen erhoben wird. Der Beschluss des Bundesrates wird damit begründet, dass durch die Senkung der Ölpreise auf dem Weltmarkt und in der Schweiz eine starke Konkurrenzierung der Butterabsatzes eingetreten sei, welcher durch Verteuerung des Öles entgegengetreten werden müsse. Die neue Abgabe stellt sich demnach als eine Massnahme im Rahmen der Aktion zur Förderung des Butterabsatzes dar. Mit andern Worten: die Konsumentenkreise werden wieder einmal zugunsten der Landwirtschaft geschöpft.

In Kreisen der Hotellerie wird diese Massnahme erneut eine Welle bitterer Enttäuschung auslösen, bringt doch dieser neue Zuschlag eine weitere Belastung der Hotellerie

und damit eine Schädigung ihrer Existenzfähigkeit. Nach der Erhöhung des Benzin- und Zuckerzolles nun noch diese neue Preiserhöhung auf Speiseöl — man muss sich wirklich manchmal fragen, ob denn im Bundeshaus die schwere Notlage des Gastgewerbes noch so unbekannt ist, dass man dort glaubt, der Hotellerie und dem Fremdenverkehr immer wieder mit neuen Belastungen aufwarten zu dürfen. Auf alle Fälle erhebt das Gastgewerbe als Grossverbraucher von Speiseöl gegen diesen Preiszuschlag energischen Protest. Bei aller Einsicht in die prekäre Finanzlage des Bundes und in die Notwendigkeit einer Wiederherstellung des Budgetgleichgewichtes muss sie doch verlangen, dass sie seitens der Behörden als gleichberechtigte Wirtschaftsgruppe behandelt werde und dass ihre legitimen Interessen, ihre Lebensrechte nicht feresetzt den Bestrebungen und Forderungen anderer Wirtschaftszweige geopfert werden.

Entrüstung und Protest hervorruft, so ist dies daher leicht zu begreifen.

Für die Ausfuhr zuckerhaltiger Fabrikate macht der Bundesratsbeschluss eine Ausnahme, er sieht eine Rückerstattung (unter Vorbehalt der nötigen Kontrollmassnahmen) des erhöhten Zollbetrages vor. Diese Rückerstattung scheint im Hinblick auf die Erhaltung des Exportes ohne Zweifel gerechtfertigt. Man kann sich in diesem Zusammenhang aber auch fragen, **ob nicht für die Hotellerie ebenfalls Ausnahmen berechtigt wären.** Liegen nicht analoge Verhältnisse zur Exportindustrie vor? Die Hotellerie ist ihrer Struktur nach, wenn man so sagen kann, über 50% „exportindustriell“ gerichtet; nicht dass Waren ins Ausland exportiert werden, sondern Ausländer kommen in die Schweiz, um Waren zu kaufen, zu konsumieren und Leistungen entgegenzunehmen. Waren und Leistungen werden vom Ausland bezahlt. Der Endzweck ist somit, soweit es den ausländischen Gast in der Hotellerie anbetrifft, derselbe wie bei der Exportindustrie, nur das System ist anders, bei der Hotellerie sogar einfacher und volkswirtschaftlich rationeller.

Daraus lässt sich ebenfalls eine besondere Berücksichtigung der Hotellerie in Bezug auf die Erhöhung des Zuckerzolles ableiten. Ein Zollrückvergütungssystem könnte auch hier gefunden werden. Wie für die Exportfabrikate liesse sich z. B. für Früchtekonserven und Konfitüren, die von den Konservenfabriken an die Hotels verkauft werden (z. B. mittelst Frachtbriefausweis) eine Kontrolle durchführen, als Grundlage für eine Rückvergütung nach einem bestimmten Schlüssel (durchschnittliches Verhältnis der Inlandsgäste zu den Auslandsgästen), wenn nicht gar ein bestimmter Modus einer Pauschalrückvergütung vorzuziehen wäre, ähnlich wie bei den Mehlfacht-Rückvergütungen an die Gebirgsbevölkerung.

Etwas muss geschehen, entweder in dieser oder jener Richtung. Die schweizerische Hotellerie ist heute **nicht mehr in der Lage, neue Steuerlasten** (darunter gehören auch die Zölle) zu tragen; sie ist als Steuersubjekt schon soweit belastet und leidet zudem unter der allgemeinen wirtschaftlichen Krise dermassen, dass durch neue Auflagen volkswirtschaftliche Schäden unvermeidlich werden, die sich nicht zuletzt durch den Rückgang der Steuerkraft der mit der Hotellerie ver-

bundenen Erwerbs- und Gläubigerkreise auch auf den Fiskus ausdehnen.

Zur Erhöhung des Benzinzolles.

Der Benzinzoll wurde von Fr. 20.— auf Fr. 28.— per 100 kg heraufgesetzt. Der Detailpreis für Benzin, der bis anhin per Liter 36 Rappen betrug, erhöht sich auf 42 Rp. Bereits hat die COSUMA (Überwachungskommission des schweizerischen Benzinmarktes) für den Monat Juli diesen Preis für die Abgabe an den Tankstellen festgelegt.

Trotzdem man hin und wieder von einer Erhöhung des Benzinzolles sprach, kommt diese Massnahme doch unerwartet und ist geeignet, bei den interessierten Kreisen **schärfsten Protest hervorzurufen.** Man glaube allgemein, die Benzinzollfrage würde erst in nähere Diskussion gezogen, wenn einmal der Volksentscheid über die Alpenstrassen-Initiative und über den Gegenorschlag des Bundesrates vorliegen würde. Der Bundesrat hat nun aber einen andern Zeitpunkt gewählt, der im Hinblick auf den Sommerreiseverkehr sehr ungünstig ist, der insbesondere eine Rückwirkung von grosser Tragweite auf den Fremdenverkehr ausüben muss. Jede Preiserhöhung ist nicht dazu angetan, den Umsatz zu steigern, die Folge wird immer ein beträchtlicher Rückgang des Verbrauches sein. Der Fremdenverkehr, der es dringend nötig hätte, gehoben zu werden — alle andern Länder machen dazu die grössten Anstrengungen und erleichtern den Verkehr — wird die Schrumpfung des inländischen Automobilverkehrs durch die Besteuerung des Benzins in empfindlichem Masse zu spüren bekommen.

Für die ausländischen Feriengäste sieht allerdings der Bundesratsbeschluss mit Rücksicht auf den Fremdenverkehr eine Ausnahme vor, indem das Benzin für die Zeit vom 10. Juli bis 31. Oktober zu einem durch Zollerhöhung von 6 Rappen pro Liter verbilligten Preise bis auf die Höchstmenge von 300 Litern abgegeben wird, wenn mindestens ein drei Tage dauernder ununterbrochener Aufenthalt in der Schweiz genommen wird. Der Preis für ausländische Feriengäste stellt sich somit auf 36 Rappen per Liter, also gleich wie bis anhin.

Die Frage über Gewährung besonderer Preiserhöhungen auf Benzin für ausländische Automobilfahrer, die einen mehr-

tägigen Hotelaufenthalt in der Schweiz nehmen, ist in letzter Zeit, unabhängig von der allgemeinen Zollerhöhung von verschiedener Seite aufgeworfen worden. Da in Italien durch einen Gesetzeserlass den einreisenden Automobilisten auf Grund von bezogenen Hotelgutscheinen preisermässigt Benzol abgegeben werden soll, sah sich der S. H. V. ebenfalls veranlasst, Schritte zu unternehmen, um durch ähnliche Massnahmen das italienische Dumping zu konkurrenzieren. Zweifellos bietet das verbilligte Benzol in Italien einen Anreiz, dieses Land in vermehrter Masse zu besuchen. Für den schweizerischen Fremdenverkehr liegt darin eine grosse Gefahr, dass der internationale Automobilverkehr nach Italien abgelenkt wird, wenn nicht ebenfalls den in die Schweiz zu Ferien- und Reisezwecken einreisenden Automobilisten Vergünstigungen in grösserem Ausmass gewährt werden können. Die vom Bundesrat vorgesehene Ermässigung von 6 Rappen pro Liter muss daher im Hinblick auf die Höhe der Rabatte, die in Italien vorgesehen sind; und die dort bis auf 50% gehen, als gänzlich ungenügend angesehen werden.

Abgesehen von der Höhe der Preisermässigung für ausländische Automobilisten, hat man in den schweizerischen Fremdenverkehrskreisen die Idee der verbilligten Abgabe von Benzin sehr begrüsst. Gewisse Kreise des schweizerischen Automobilsimus aber haben sich gegen die Bevorzugung der Ausländer ausgesprochen und beschlossen, sie zu bekämpfen, weil dadurch die Interessen unseres Landes geschädigt würden. Dieses Verhalten ist insoweit nicht verständlich, als damit den Interessen des

Fremdenverkehrs ein empfindlicher Stoss versetzt wird. Dass die ausländischen Automobilisten in der Schweiz besser gestellt sein sollen, ist in heutigen Zeiten weniger vom Gesichtspunkt der Gerechtigkeit aus zu beurteilen als von dem einer wirtschaftlichen Notwendigkeit. In vielen Staaten gibt es für diese oder jene Ware verschiedene Preise und für diese oder jene Leistung differenzierte Behandlung zwischen In- und Ausländern. Übrigens stellt sich bei differenzierten Benzinpreisen der inländische Automobilist absolut nicht schlechter, sondern nur relativ. Damit hilft er aber mit, den internationalen Autoverkehr nicht nach andern Staaten abzulenken, sondern der schweizerischen Hotellerie Gäste zuzuführen. Behandelt man die Frage aber einseitig vom Standpunkt einer Gleichberechtigung, so bewirkt das Beharren auf diesem Prinzip keinen wirtschaftlichen Erfolg und auch keine Besserstellung des inländischen Automobilisten, es leidet darunter nur der schweizerische Fremdenverkehr.

Es ist zu hoffen, dass die Kreise, die gegen eine Abgabe von verbilligtem Benzin an ausländische Feriengäste sind, aus Rücksicht auf die Interessen des Fremdenverkehrs, ungeachtet eigennütziger Prinzipien, zu einer andern Stellungnahme gelangen. Im Hinblick auf die Massnahmen, die Italien zu ergreifen sich anschickt, wäre es sehr zu wünschen, wenn auch unsere Behörden eine **grössere Verbilligung des Benzins** unsern ausländischen Feriengästen einräumen würden als bereits beschlossen ist, damit die italienischen Dumpingpreise für Benzin an Ausländer wirksam bekämpft werden könnten.

Ein neuer Entwurf „Arbeitszeitgesetz“

Herr Direktor Dr. Pfister, früherer Vorsteher des Eidgen. Arbeitsamtes, hat im Auftrage des Volkswirtschaftsdepartements einen Entwurf zu einem Arbeitsgesetz (Bundesgesetz über die Arbeit im Handel und in den Gewerben) ausgearbeitet und dem Departement Ende März 1935 eingereicht, welches diesen Entwurf kürzlich den mitbeteiligten Spitzenverbänden zur Vernehmlassung zustellte.

Nach dem Entwurf soll auch die Hotellerie unter dieses neue Bundesgesetz fallen; immerhin ist vorgesehen, dass gerade die hauptsächlichsten und wichtigsten Bestimmungen hinsichtlich der Arbeitszeit auf das Gasthof- und Wirtschaftsgewerbe keine Anwendung finden sollen. Vielmehr ist eine Sonderregelung in dem Sinne beabsichtigt, dass der Anspruch der Arbeitnehmer im Gasthof- und Wirtschaftsgewerbe auf eine angemessene tägliche Ruhezeit durch eine Spezialverordnung gewahrt werden soll. Herr Direktor Dr. Pfister begründet in einer Zuschrift an das Volkswirtschaftsdepartement seine diesbezügliche Stellungnahme wie folgt: „Der Vorentwurf sieht davon ab, die Arbeitszeit zu regeln für das Gasthof- und Wirtschaftsgewerbe... Für die Gasthof-

und Wirtschaftsbetriebe müssten so weitgehende Ausnahmen gewährt werden, dass es entschieden angezeigter ist, von einer Regelung abzusehen und dafür eine angemessene tägliche Ruhezeit vorzusehen.“

Die Kenntnisse und die Einblicke des früheren Vorstehers des Eidgen. Arbeitsamtes in die Verhältnisse und die Eigenart des Wirtschaftsgewerbes sowie der Hotellerie lassen es als durchaus begrifflich erscheinen, dass er bei Regelung der Arbeitszeit schon im Vorentwurf eine Ausnahme für unser Gewerbe vorsieht. Eine andere Ordnung wäre in der Hotellerie auch gar nicht denkbar, angesichts der grossen Mannigfaltigkeit und Verschiedenartigkeit der Betriebsführung, welcher die Hotellerie unserer Städte, auf dem Lande und in den Bergen, im Süden und Norden des Landes sowie im Sommer und Winter ausgesetzt ist. Eine schematische Regelung, die allen Anforderungen und Verhältnissen gerecht zu werden vermöchte, liesse sich in unserem Erwerbszweig auch gar nicht durchführen.

Unsere leitenden Vereinsinstanzen werden zu der neuen Vorlage in nächster Zeit Stellung nehmen.

Bergbahnen und „Hotel-Plan“

Anlässlich der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung der Jungfrauabahn-Gesellschaft äusserte sich der Präsident des Verwaltungsrates, Dr. Fritz Ehrensperger, bei Stellungnahme zu der heutigen Situation im Fremdenverkehr sowie zur finanziellen Lage der Berg- und Toubahn u. a. auch in kritischen Bemerkungen zu den Bestrebungen von Outsiders, d. h. zum „Hotel-Plan“ G. Duttweiler, auf Hebung des Reiseverkehrs bzw. Schaffung von zusätzlichem Gästebesch. Wir entnehmen den interessanten Darlegungen die folgenden Ausführungen:

„Die Feststellung, dass nicht nur eine Frequenzvermehrung, sondern auch eine durchschnittliche Preissteigerung notwendig ist, um die vertraglichen Verpflichtungen auf die Dauer gegenüber den Gläubigern einzuhalten, betrifft nicht nur die Jungfrauabahn, sondern sie betrifft alle Unternehmungen des Fremdenverkehrs, in denen einige Milliarden Franken Sparkapital direkt von Privaten oder indirekt durch vermögenslose Finanzinstitute investiert sind. Der Preisabbaub der letzten 2 Jahre unter dem Druck des Konkurrenzkampfes für die Anziehung der immer geringer werdenden Reisenden ist bereits vollkommen auf dem Rücken der bestehenden Reserven und dann der Gläubiger, viel weitgehender als in allen andern Branchen, erfolgt. Er ist so weit gegangen, dass führende ausländische Reisebüros feststellen, dass die bestehenden Tarife unserer Transportanstalten und die Pensionspreise unserer Hotellerie absolut kein Hindernis mehr für eine Verbesserung des Reiseverkehrs aus dem Ausland bilden würden, sondern nur die immer noch ungehörlichen Kosten der Nebenausgaben für Aperitif, Tees, Kaffee, Postkarten, Toilettenartikel usw. Der neue, also von ganz irrgen Voraussetzungen ausgehende Abbaudruck auf die Tarife der Transportanstalten wird deshalb nicht nur die letzten Hoffnungen der Aktionäre auf eine spätere Zukunft vollkommen illusorisch machen, es werden unnötig durch eine Ausverkaufspsychose Gläubigerinteressen geschädigt und endgültige Verluste des Anlagekapitals heraufbeschworen, die bei den

bereits bestehenden Verhältnissen auf dem Kapitalmarkt eine umso energiereichere Abwehraktion erfordern, als die Fortsetzung des gefährlichen Spieles der Zerstörung des Anlagekapitals katastrophale Folgen für die Allgemeinheit auslösen kann. Es mutet schon mehr als unlauterer Wettbewerber an, wenn Transportanstalten, sie sich seit dem Eintreten der Krise bereits daran gewöhnt haben, ihre Zinsen nicht mehr zu zahlen, sich solchen Bestrebungen anschliessen, die darauf hinausgehen, mit weiteren Ausnahmetarifen die Normalpreisenfahrten zu unterbinden, um mit einem positiven Verlustbetrieb auch andern Unternehmungen Schaden zu bereiten.

Einseitiger Druck auf die Preise ist heute in vielen Erwerbszweigen Abwertung des investierten Kapitals. Er ist ein Kampf gegen das private, selbständige Unternehmertum, ein Kampf gegen den Besitz und gegen die Vertragstreue. Jeder verantwortungsbewusste Verwaltungsmann wird sich dagegen bis aufs Äusserste wehren müssen, namentlich deshalb, weil die zur Verteidigung der gemeinsamen Interessen geschaffenen Organisationen und die bezüglichen Bundesbehörden erfahrungsgemäss erst zu spät — wenn der Schaden schon angerichtet ist — eingreifen.

Der neue Prophet wird aber auch keine Frequenzvermehrung schaffen können, die unsern wirtschaftlichen Wert repräsentiert. Wer das Reisen nach amerikanischer Art standardisieren will und die Reisenden mit Ware vergleicht, hat das Wesen des Reisens nicht erfasst. Zwar ist der unternommene Versuch, die Saison auszuzeichnen, aller Unterstützung wert. Aber dieser Versuch ist bereits seit Jahren von besser qualifizierten Kreisen unternommen worden und scheiterte immer wieder an den Schwierigkeiten, die Schulferien der grösseren Städte zu staffeln oder auszudehnen und weiter namentlich an der Unbeständigkeit des Wetters der Zwischensaison. Ausserdem darf man nicht vergessen, dass die Ferienreisen zusätzliche Ausgaben über die Lebenshaltung hinaus bedeuten. In einer Zeitepoche stark sinkender Einkommen,

Eidgenössische Getränkesteuer

In diesen Tagen werden den eingetragenen Steuerpflichtigen die Steueranträge für das 2. Kalendervierteljahr zugestellt. Da die meisten Hoteliers und Wirte ihre Getränke von Händlern beziehen, die ihrerseits dafür die Steuer entrichten, werden erstere in den meisten Fällen keine steuerpflichtigen Umsatzgeschäfte zu melden haben. Auch wenn keine steuerpflichtigen Umsatzgeschäfte zu deklarieren sind, ist aber die Steueranzeige gleichwohl anzusetzen an die Getränkesteuerkontrolle einzusenden. In diesem Fall ist darauf der Vermerk „keine steuerpflichtigen Umsatzgeschäfte“ anzubringen. Die Steueranzeige ist in jedem Fall bis zum 20. Juli einzusenden.

Es geht nicht an, dass ein Wirt oder Hotelier der keine steuerpflichtigen Umsätze zu melden hat, die Steueranzeige einfach nicht einschickt; er ist dazu verpflichtet und wird es im eigenen Interesse tun, um Weiterungen zu vermeiden.

Der Steuerantrag liegt eine kurze Erläuterung betreffend das Ausfüllen bei. Jeder Steuerpflichtige möge sich die Mühe nehmen, diese Erläuterung, sowie die auf der vierten Seite der Anzeige enthaltene Anleitung zu studieren.

Eidgenössische Oberzolldirektion.

Sektion für Getränkesteuer.
Bern, Ende Juni 1935.

Auskunftsdiens

über Reisebureaux und Inseratenacquisition
Iborat Directory Corporation, New York.

Das Iborat Directory ist ein amerikanischer Zeitungskatalog, der den Hoteliers im Abonnement für vier Jahre zum Preise von 25 Dollars angeboten wird. Da sich kaum viele Abnehmer melden dürfen, offeriert der Verlag als Gegenleistung die Verrechnung dieses Preises mit der Pension des Vertreters, der im Laufe der nächsten Saison im betreffenden Hotel Aufenthalt nehmen würde. Wahrscheinlich würde es mehrere Vertreter sein, denn sonst wäre der Umsatz an Büchern wohl bedenklich klein. Es wäre auch möglich, dass man die zur Verrechnung ausgestellten Hotelbons verkauft, und sogar noch mit Einschlag. Jedemfalls ist ein derartiges Geschäft für den Hotelier nicht interessant und wir empfehlen deshalb unsern Lesern, welche die Offerte erhalten sollten, sie in den Papierkorb zu befördern.

wie wir sie heute durchmachen, wird auch der geriebendste Propagandist mit seiner Werbung keine wesentlich vermehrten Ferienmöglichkeiten entwickeln können; er wird nur mit seinem Preisunterbieten die bereits bestehende Reisehust von Ort zu Ort, oder von einem Ort zum andern, in eine tiefe Senke lenken können. Der Versuch muss also auch aus diesen Erwägungen gänzlich abgelehnt werden.

Aber noch eine andere Gefahr birgt diese Plan-Intervention in sich. Die Schweiz ist als Reiseland nicht von uns entdeckt worden, sondern im wesentlichen von den ausländischen, namentlich englischen Reisebüros, die gehalten haben, unsern Reisenden in eine tiefe Senke lenken können. Der Versuch muss also auch aus diesen Erwägungen gänzlich abgelehnt werden.

Aber noch eine andere Gefahr birgt diese Plan-Intervention in sich. Die Schweiz ist als Reiseland nicht von uns entdeckt worden, sondern im wesentlichen von den ausländischen, namentlich englischen Reisebüros, die gehalten haben, unsern Reisenden in eine tiefe Senke lenken können. Der Versuch muss also auch aus diesen Erwägungen gänzlich abgelehnt werden.

Aber noch eine andere Gefahr birgt diese Plan-Intervention in sich. Die Schweiz ist als Reiseland nicht von uns entdeckt worden, sondern im wesentlichen von den ausländischen, namentlich englischen Reisebüros, die gehalten haben, unsern Reisenden in eine tiefe Senke lenken können. Der Versuch muss also auch aus diesen Erwägungen gänzlich abgelehnt werden.

Beschäftigungsgrad in der Hotellerie im Monat Mai 1935

Nach der Statistik des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit über den Beschäftigungsgrad im Hotelgewerbe betrug die durchschnittliche Bettenbesetzung im Total der erfassten geöffneten Betriebe zu Mitte Mai 1935 23,3% und zu Ende Mai 19,7%. Zu Mitte des Berichtsmonats entsprach die Durchschnittsbesetzung am Ende des Monats im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres (+1%) während zu Ende Mai die Vorjahresziffer um 11% unterschritten wurde. Im Vergleich zum Mai des Jahres 1933 ergibt sich zu Monatsmitte eine Minderfrequenz um 9% und zu Monatsende ein Rückgang um 15%. Die Frequenzveränderung gegenüber dem Vorjahr war an beiden Stichtagen sowohl in den verschiedenen Kategorien Fremdenbetriebe, als auch hinsichtlich der Besetzung durch Inlandgäste einerseits und Auslandgäste andererseits uneinheitlich. Im Total aller erfassten Betriebe entfielen Mitte Mai 52,3% (Vorjahr 53,5%) und Ende Mai 63,0% (57,9%) auf Auslandgäste. Mitte Mai 1935 waren in gleichen Betrieben 3,9% und Ende Mai 3,7% weniger Personen beschäftigt als im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

Auf dem Arbeitsmarkt hat die Entlastung trotz der vorgerückten Zeit noch keinen grösseren Umfang angenommen. Merkwürdig zurückgegangen ist einzig die Zahl der stellensuchenden Köche und Portiers. Andererseits ist die Zahl der erfassten offenen Stellen für weibliches Hotelpersonal nach wie vor bedeutend.



Todes-Anzeige

Den verehrlichen Vereinsmitgliedern machen wir hiermit die Mitteilung, dass unser Mitglied

Herr

Christian Inaebnit

Besitzer der Pension Bodenwald Grindelwald

am 28. Juni im Alter von 63 Jahren durch Absterben in den Bergen gestorben ist.

Indem wir Ihnen hievon Kenntnis geben, bitten wir, dem verstorbenen Kollegen ein ehrendes Andenken zu bewahren.

Namens des Zentralvorstandes
Der Zentralpräsident:
Dr. H. Seiler.

Currie Lunn Limited, London

Aus London erfahren wir, dass die von Mr. George Lunn nach dem Konkurs seines früheren Unternehmens gegründete Firma Currie Lunn Limited, 128 Wigmore Street, London, W. 1., Nachfolgerin der Firma Pattie Currie Travel, Ltd., in freiwillige Liquidation getreten ist und Mr. R. B. Pollard als Liquidator bezeichnet wurde. Falls in unserm Leserkreis noch Gläubiger der Firma Currie Lunn Ltd. vorhanden wären, empfehlen wir ihnen, ihre Forderungen an Mr. Pollard, 128 Wigmore Street, London, sofort einzureichen. Die Kurrent-Schulden sollen ca. 4400 Pfund betragen, denen an Aktiven nur ca. 150 Pfund gegenüberstehen.

„Hotel-Plan“ im Radio

Am Mittwoch, den 3. Juli, sprach Herr G. Duttweiler im Radio über seinen Hotelplan. Bei der Schweiz. Rundspruch-Gesellschaft wurde Protest dagegen eingelegt, dass der Hotelplan-Genossenschaft im neutralen Rundfunk Gelegenheit geboten werde zu der bekannten einseitigen Propaganda für ihr Hotelgeschäft. Die Rundspruch-Gesellschaft wies jedoch auf das bereits gedruckte Rundspruch-Programm hin, das nicht mehr geändert werden könne. Unsererseits ist daher Veranlassung genommen worden, sofort ein Korreferat anzumelden, welches von Herrn Dr. Riesen am 10. Juli, ab 19.10 Uhr, im Studio Basel gehalten wird.

Zum „Hotel-Plan“

Wie wir soeben aus Lugano erfahren, fängt die Genossenschaft „Hotel-Plan“ nunmehr damit an, in den ihr angeschlossenen Hotelunternehmen einen Viertel der wöchentlichen Abrechnungsbeträge in Waren-Bezugscheinen der Migros auszuszahlen.

Damit erhält nun die Hotel-Plan-Aktion ein ganz neues Gesicht. Wenn es die MIGROS A.-G. durch Herrn Duttweiler wirklich darauf abgesehen hat, ihr Absatzgebiet zu vergrössern dadurch, dass sie die Hotels in ihren Kundenkreis einbezieht, so hat dieses Vorgehen mit einer „Hilfsaktion“ für die Hotellerie wahrhaftig nichts mehr zu tun. Im Gegenteil strebt damit offenbar die Migros A.-G. oder die „Hotel-Plan“-Genossenschaft ein Abhängigkeitsverhältnis einer Anzahl von Hotels an, um sich auf diesem Wege vermehren und zu sichern.

Sportveranstaltungen

Bergsteigerschulen und Bergsteigerkurse.

Damit rechte viele Bergfreunde in die Lage versetzt werden, Bergtouren ausführen zu können, werden auch diesen Sommer wieder von einer Anzahl grösserer Schweizer Kurorte alpine Schulungskurse durchgeführt. Eigentliche Bergsteigerschulen werden in Scheidegg-Eigergetlescher Gletsch-Belvedere und Pontresina eingerichtet. Bergsteigerkurse werden organisiert in Adelboden, Bergün, Davos, Engelberg, Grindelwald, Klosters, Mürren, San Bernardino, Wengen, Zermatt-Riffelalp. An allen diesen Orten sind die Teilnehmer für mittlere und schwerere Touren versichert. Für weitere Orte steht die Durchführung und Versicherung von Bergsteigerkursen in Prüfung. svz.

Sommer-Skirennen auf Jungfrauoch.

Am Samstag und Sonntag, den 13./14. Juli 1935, gelangt das 18. Sommer-Skirennen auf Jungfrauoch zur Durchführung. Der Meldeschluss ist auf den 11. Juli festgesetzt. Nähere Angaben durch den Skiklub Jungfrauoch, Post Eigergetlescher.



Generalagentur für die Schweiz: Jean Haedy Import A.G., Basel

Abgabe von verbilligtem Benzin an ausländische Automobil- und Motorradfahrer

Wie unsere Leserkreise bereits aus der Tagespresse erfahren haben, wird vom 10. Juli an den ausländischen Automobilisten das Benzin zu einem verbilligten Preise abgegeben. Die Angaben der Presse über die Massnahme waren jedoch sehr lückenhaft, weshalb es angezeigt erscheint, zur Orientierung unserer Mitgliedschaft den bezüglichen Bundesratsbeschluss vom 28. Juni nachstehend in extenso wiederzugeben. Er lautet:

Art. 1.

Im Auslande niedergelassene Automobil- und Motorradfahrer, die sich mit ihren eigenen Motorfahrzeugen zu einem mindestens drei Tage dauernden ununterbrochenen Aufenthalte als Feriengäste nach der Schweiz begeben, haben für die Zeit vom 10. Juli bis 31. Oktober 1935 Anspruch auf den Bezug von verbilligtem Benzin nach Massgabe folgender Richtlinien.

Art. 2.

Die Zolleremässigung beträgt sechs Rappen für den Liter im Inlande nachweislich gekauften Benzins. Sie wird für die ganze Dauer des in Art. 1 vorgesehene Aufenthaltes in der Schweiz auf die Höchstmenge von 300 Liter beschränkt.

Art. 3.

Die Zolleremässigung beschränkt sich auf Benzin für die mit provisorischer Eintrittskarte, Grenzpassierschein, Triptych und Kontrollschein abgefertigten Personenautomobile und Motorfahrzeuge mit oder ohne Seitenwagen.

Für Benzin zum Betriebe von Mietwagen, Wagen von Transportunternehmungen, Gesellschaftswagen (Auto-Cars und dergleichen) besteht dagegen kein Anspruch auf die in Art. 2 erwähnte Zollvergünstigung, ebenso nicht für Handelsreisende, die sich nur zu Geschäftszwecken nach der Schweiz begeben.

† Alfred Müller, Hertenstein

Wie in unserem Blatte bereits mitgeteilt wurde, verschied in Hertenstein am 18. Juni nach langem schwerem Leiden Herr Alfred Müller, Hotel Pilatus. Geboren anno 1881 in Merligen, als jüngstes Kind einer zahlreichen Familie, verlor er seinen Vater schon im frühesten Kindesalter. In ärmlichen Verhältnissen aufgewachsen, musste er bereits während seiner Schulzeit durch harte Arbeit die Schwere des Lebens durchkosten. Durch Vermittlung seines ältesten Bruders Jean (heute Besitzer des Hotel Diana, Luzern), der an Stelle des Vaters Familienpflichten übernahm, fand der sechzehnjährige Bruder Arbeit im Hotel Belvédère, Interlaken. Später finden wir Alfred Müller in Stellungen in San Remo, England, Cannes, Nizza, Basel und Luzern (Hotel Balcher).

Als sprachgewandter, bereister und an Fachkenntnissen reiches Mann, verheiratete er sich anno 1907 mit Fräulein Marta Sandmeier, einer ebenso fachkundigen Frau, welche heute mit Tochter und Schwiegersohn den Verstorbenen betrauern. Anno 1911 übernahm Alfred Müller das Restaurant „Dietschberg“ und führte es während vollen 7 Jahren, den Zeiten des Krieges und Eröffnung der Dietschbergbahn. Nach zweijähriger Führung des bekannten Restaurants Halbinsel „Au“ und vierjähriger Pacht des Hotel Engel in Wädenswil übernahm er käuflich das heute bestbekannte und durch ihn umgebaute und modernisierte Hotel Pilatus in Hertenstein, welches er als Fracht geleiteter Arbeit und schönes Eigenheim betrachtete. Alfred Müller gehörte dem Vorstand des Hotelier- und Kurvereins Weggis an und war Mitglied der Reklamekommission und Präsident des Strandbades Weggis. Dem Verkehrsverein Zentralschweiz schenkte er als treues Mitglied besondere Aufmerksamkeit. So war das Leben Alfred Müllers Arbeit, Pflicht und Sorge um die Seinen und um den Dorfstand. Durch Ausdauer brachte Herr Müller unter Mitarbeit der geschäftskundigen Gattin das Hotel Pilatus zu einem dauernden Heim, welches er leider allzulebte als wirklicher „self made man“ verlassen musste. Den Seinen unser herzlichstes Beileid. J. W.-M.

Bundesfeier-Sammlung 1935

Das Bundesfeierkomitee schreibt uns: 25 Jahre sind vergangen, seitdem das Bundesfeierkomitee amlässlich des 1. August zum ersten Mal eine Sammlung im ganzen Schweizerland im Dienste der Fürsorge durchführte. Kamen auch die vier Kriegsjahre dazwischen, so wurde trotzdem Jahr für Jahr eine Sammelaktion durchgeführt und — unter Mitarbeit anderer Organisationen, darunter namentlich der Schweizer Hotelier-Verein — annähernd 6 Millionen Franken konnten in der Zeitspanne zwischen dem ersten Vierteljahrhundert für väterländische, wohlthätige und gemeinnützige Zwecke gesammelt und zweckentsprechend verwendet werden, fürwahr ein erhebendes Zeichen konstanter, gutedemossischer Gesinnung unserer Bevölkerung, die mit mitleidigen Herzen dort hilft und endet, wo Brüder und Schwestern, wo bedauernde Mitleidgenossen durch Missgeschick oder verheerende Katastrophen in Not und Bedrängnis geraten sind und mit eigenen Mitteln und eigener Kraft sich nicht mehr von Not und Last befreien können.

Sagten wir letztes Jahr, die 25. Sammelaktion falle in ein wirtschaftlich ungünstige Zeit, wo mancher unserer treuen Spender mit eigenen Sorgen mehr als genug beschäftigt ist, so können

Marktmeldungen der Wirtschaftl. Beratungsstelle S.H.V.

I. Gemüsemarkt: Spinat per kg 30—40 Rp.; Rhabarber per kg 20 Rp.; Spargeln inländische per kg 140—160 Rp.; Spargeln ausländische per kg 110—120 Rp.; Blumenkohl gross per Stück 80—90 Rp.; Blumenkohl mittel per Stück 60—70 Rp.; Blumenkohl klein per Stück 40—50 Rp.; Kopfsalat gross (zirka 300 g) per Stück 15 Rp.; Kopfsalat klein (zirka 100 g) per Stück 10 Rp.; Karotten per kg 40—50 Rp.; Zwiebeln per kg 30—35 Rp.; Lauch per kg 30—35 Rp.; Kartoffeln alte per 100 kg von Fr. 12.—/13.— an; Kartoffeln neue inländische per kg 35—40 Rp.; Kartoffeln neue ausländische per kg 30—35 Rp.; Kiefelerbsen per kg 50—65 Rp.; Auserkernbesen per kg 40—50 Rp.; Bohnen grüne per kg 60—80 Rp.; Gurken grosse per kg 40—50 Rp.

II. Früchtemarkt: Aprikosen ausländische per kg 85—105 Rp.; Pfirsiche per kg 90—110 Rp.; Kirschen inländische per kg 70—80 Rp.; Kirschen ausländische per kg 60—70 Rp.; Erdbeeren inländische per kg 100—110 Rp.; Erdbeeren ausländische per kg 90—100 Rp.; Trauben ausländische weisse per kg 170—190 Rp.; Trauben ausländische blaue per kg 170—190 Rp.; Äpfel, ausländische Extra-Auslese per kg 70—80 Rp.; Birnen, ausländische Extra-Auslese per kg 70—90 Rp.; Zitronen per Stück 4—6 Rp.; Bananen per kg 110—120 Rp.

III. Eiermarkt: Trinkeier per Stück 11 Rp.; gewöhnliche Eier per Stück 10 Rp.; ausländische Eier per Stück 7 Rp.; alles Grösse 53—60 g. leichtere Ware billiger.

wir diesmal das Gleiche nur wiederholen; es ist leider seither nirgends besser geworden in der Welt und die Zahl derer, die hilfsbedürftig sind und denen das Kostlichste, die Arbeit fehlt, hat auch bei uns zugenommen. Aber just die Not unserer Tage ist es ja, der auch diesmal wieder unsere Sammelaktion steuern möchte und so haben wir im Einverständnis mit dem Bundesrat beschlossen, das Erträgnis der diesjährigen Aktion der Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes jugendlicher Arbeitsloser zuzuwenden, ein hochaktuelles Problem, das nach unserer Überzeugung weiteste Kreise interessieren muss, weil es unserer Jugend die Möglichkeit gibt, die Hände in produktiver Arbeit zu rühren und den Segen einer einermassen geordneten Tätigkeit kennen zu lernen. Wohl wissen wir, dass wir die Arbeitslosigkeit damit nicht aus der Welt schaffen können, aber bannen können wir mit diesem Arbeitsdienst, der sich durchaus bewährt hat, die Mütlosigkeit, das Versagen, die seelische Müdigkeit unserer jungen Leute, die schwer und unverschuldet unter der bösen Zeit zu leiden haben.

Wie bisher, so wird auch diesmal das Hauptergebnis der Aktion der Verkauf der beiden Bundesfeierpostkarten und des Bundesfeierabzeichens bilden. Möge auch der diesjährige Sammler, für die sich wiederum eine grosse Zahl freiwilliger Hilfskräfte dem Komitee zur Verfügung stellt, ein voller Erfolg beschieden sein. Denn gerade in diesen Zeiten soll es erst recht in allen Kreisen der Bevölkerung heissen: „Niemand zu klein, Helfer zu sein“.

Der Kartenverkauf nahm am 1. Juli seinen Anfang; für den Verkauf der Bundesfeierabzeichen kommt der Tag des 1. August in Betracht.

Kleine Chronik

Lausanne. Wie man uns meldet, ist Herr Emile Platel, bisher Direktor des Sanatorium Belvédère in Leysin, nun Direktor der Clinique Générale, Mont-Riant & Cecil in Lausanne berufen worden. Wir wünschen unserem Vereinsmitglied in der neuen Stellung besten Erfolg.



Jeder gute Hag-Aufguß ist für Sie eine Gratis-Reklame!

Weiß man das in Ihrer Kaffeeküche!

VENTILATIONEN



für Hotels, Restaurants, Küchen, nach neuzzeitlichen Grundrissen auf Grund 40jähriger Erfahrung empfiehlt die

VENTILATOR A.-G., STAFFA (Zch.)

Telephon Nr. 930.136

Zündhölzer

Kunstfeuerwerk und Kerzen jeder Art, Schutterzine, (Idol), Bodenweiche, Bodenöl, Stahlspine, Essig-Essenz 80%, etc. liefert in bester Qualität billigt!

G. H. Fischer,
Schweizer Zündholz- und Fettwaren-Fabrik Fehraltorf (Zch.)
Gegr. 1860, Gold-Medaille Zürich 1894. — Verlangen Sie Preisliste und Prospekt.

Für den Hotelbursendienst gut vorbereitete junge Leute mit unangenehmen Sprachkenntnissen suchen Stelle als

Volontär u. Volontärin

Geñ. Anfragen erlädigt kostenlos Sekretariat Gademanns Handelsschule Zürich, Tel. 51.418.

Vente juridique d'un hôtel

Lundi 29 juillet 1935, à 11 heures, à la salle du tribunal, Maison de Justice, à Fribourg, l'office vendra en première enchère, les immeubles art. 533 et 534 du cadastre de la ville de Fribourg, d'une contenance totale de 576 mètres. Rue de Lausanne nos. 25, 25a et 25b soit

l'Hôtel Touring

comprenant café - restaurant - brasserie, salles, 22 chambres, chambres de bains etc. et tous les accessoires nécessaires à l'exploitation.

Taxe cadastrale Fr. 250.267.—
Estimation de l'office Fr. 170.000.—

Hôtel complètement remis à neuf avec eau courante dans toutes les chambres.

Office des faillites de la Sarine à Fribourg.

Porfier

48 ans, suisse français parlant allemand, avec bonnes références capable et sobre

Chef de cuisine

cherche engagement

Entrée à convenir, place à l'année de préférence. Offres sous Chiffre A. S. 2698 à l'Hotel-Revue à Bâle 2.

Zum Kochen und Braten

für Salat und Mayonnaise verwenden Sie nur



Speiseöl AMBROSIA

Hotel A. G. sucht

für mittlere Hotel-Restaurant, gutes Jahresgeschäft, auf Vereinbarung einen bestempfohlenen

Leiter

mit fachlichiger, arbeitet samer Frau. Ausführliche Offerten mit Referenzen und Photos unter Chiffre D. B. 2691 an die Hotel-Revue, Basel 2.

Gewandte, sympathische

Tochter

Ende 30, englisch, franz., ital., u. deutsch sprechend, gew. Ober-salochter, war schon in leierender Stellung, sucht Vertrauensstelle für

Buffet-Gouvernante od. Stütze des Patron

Jahresstelle. Beste Zeugnisse zu Diensten. — Offerten erbeten unter Chiffre F. L. 2717 an die Schweizer Hotel-Revue, Basel 2.

Auslanddeutsche

seit Jahren in England, sucht Verbindung mit Hotelier oder Restaurateur zwecks spitzerer

Heirat

Bin 36-Jahre alt, katholisch, gute Erscheinung und im Hotel- und Restaurationsfach durchaus erfahren. Reflektiere auf einen energischen, aufrichtig, Lebensgefährten, der dem heutigen Geschäftskauf gewachsen erscheint. — Offerten mit Photo unter Chiffre M. W. 2715 an die Schweizer Hotel-Revue, Basel 2.

Ich komme

überall hin, um Abschlüsse, Nachtragungen, Neuarrangements, Inventuren zu besorgen u. Bücher zu ordnen

Emma Eberhard
Bahnhofstrasse 100, Zürich
Telephon Kloten Nr. 37
Revisionen - Expertisen

Akkordeon (Solist)

Cello evtl. Klavier

frei für Sommerzeit (auch kurze) Honorar: Vorkaufvertrag und einige Fr. Offerten an A. Willmann 48, Bahnhof, Lugano.

Stellenvermittlung Wohnfahrtsamt Zürich (Tel. 33.706), Nüssli-Strasse 30, sucht Stellen für

Portiers, Kellner, Küchenpersonal

Hotel-Diätassistent

erste Kraft, Küchenpraktisch tätig, wünscht Sommerzeit-Engagement

Bescheidene Ansprüche. — Geñ. Zuschriften an D. S. Schweiz. Institut für Diätetik, Bern 10.

JONNY LANDERS

Maitre de plaisir - Arrangeur
Prof. de danse - Steptanz-Attraktion

Letzte Engagements: Crown Palace Colerain, Schweizerhof, Luzern - Palace Hotel Davos

noch frei

z. Zt. St. Gallen, Grd. Café Union.

Ab LUGANO sofort zu verkaufen Hotel-Mobiliar

sehr schön, wie neu, Imitation Birken, Eichen, Nussbaum (hell u. dunkel), 7 Eimer- u. 6 Doppelzimmer, sowie Speiseraum. — Off. unter Chiffre A. N. 2718 an die Hotel-Revue, Basel 2.

Bundesbeschluss über vorübergehende rechtliche Schutzmassnahmen für die Hotel- u. Stickerei-Industrie

Inkraftsetzung am 1. Juli 1935

Mit Rücksicht auf die am letzten Montag erfolgte Inkraftsetzung der neuen Bestimmungen über die rechtlichen Hilfsmassnahmen des Bundes für die Hotellerie und die Stickerei gehen wir im Nachstehenden den betr. Bundesbeschluss im Wortlaut hier wieder, mit der Bitte, diese zwei Spezialentscheidungen zwecks späterer Konsultierung herauszunehmen und gut aufzubewahren. Redaktion.

Bundesbeschluss

über vorübergehende rechtliche Schutzmassnahmen für die Hotel- und die Stickereiindustrie. (Vom 21. Juni 1935.)

Die Bundesversammlung der schweizerischen Eidgenossenschaft, nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrates vom 8. März 1935,

beschliesst:

ERSTER TEIL.

Das Pfandnachsverfahren.

Erster Abschnitt. — Allgemeine Bestimmungen.

Art. 1. Das Nachsverfahren für Grundpfandforderungen (Pfandnachsverfahren) kann vom Eigentümer eines Hotels in Anspruch genommen werden, der entweder vor dem 1. August 1934 oder wenigstens ein Jahr vor Einreichung des Gesuches der auf Grund des Bundesbeschlusses vom 30. September 1932 über Hilfsmassnahmen des Bundes zugunsten des notleidenden Hotelwesens (Art. 4) errichteten paritätischen Arbeitskassette mit seinem versicherungspflichtigen und nicht schon anderweitig versicherten Personal betrieblen ist. Falls das Hotel verpachtet ist, muss der Pächter im Sinne dieser Vorschrift der Kasse angehören.

Das Pfandnachsverfahren bildet einen Bestandteil des allgemeinen Nachsverfahrens und wird eingeleitet, wenn der Schuldner glaubhaft macht, a. dass er ohne eigenes Verschulden infolge der wirtschaftlichen Krise die Pfandforderungen und ihre Zinsen nicht voll bezahlen kann; b. dass zudem die als Pfand bestellten Grundstücke zum Fortbetrieb des Gewerbes notwendig sind oder dass eine Umwandlung oder Aufgabe des Gewerbetriebes oder Veräusserung der Pfandgrundstücke vorgesehen ist, welche den Gläubigerinteressen ebenso dient als der Fortbetrieb; c. dass er sich ohne Erfolg um eine gütliche Verständigung mit den Pfandgläubigern bemüht hat.

Art. 2. Das Pfandnachsverfahren findet Anwendung auf die Kapitalien und Zinse, für welche die durch Art. 1 bezeichneten Grundstücke als Pfand haften.

Als grundpfandversichert im Sinne dieses Bundesbeschlusses gelten drei zur Zeit der Bewilligung der Nachlassstundung verfallene und die weiteren bis zum letzten vor der Gläubigerversammlung liegenden Zinstermine aufgelaufenen Jahreszins. Vorbehalten bleibt der Bundesratsbeschluss vom 7. Juni 1930 betreffend die Abänderung des schweizerischen Zivilgesetzbuches in bezug auf den Umfang der Sicherung im Grundpfandrecht [Art. 818*].

Art. 3. Eine Grundpfandforderung gilt als gedeckt, wenn und soweit sie unter Hinzurechnung der ihr im Range vorgehenden Belastungen den Schätzwert des Grundpfandes und allfälliger anderer mithaftender Pfänder nicht übersteigt.

2 Ausstehende pfandgesicherte Zinse und Betriebskosten haben vor ihrem Kapitalanspruch auf Deckung aus dem Schätzwert des Pfandes.

3 Wird von der Massnahme des Art. 16 dieses Bundesbeschlusses Gebrauch gemacht, so werden bei Feststellung der Belastung des Grundstückes die Zinse nur mit dem bar abzuhaltenden Teilbetrag eingestellt.

Art. 4. Das Pfandnachsverfahren findet entsprechende Anwendung auf Forderungen, für die eine auf dem Grundstück lastende Forderung als Pfand haftet.

2 Als mitverpfändet gelten drei zur Zeit der Bewilligung der Nachlassstundung verfallene und die weiteren bis zum letzten vor der Gläubigerversammlung liegenden Zinstermine aufgelaufenen Jahreszins.

3 Bei Berechnung der Deckung einer solchen Forderung ist die verpfändete Grundpfandforderung zu dem auf sie und ihre mithaftenden Zinse entfallenden Beträge des Schätzwertes des Grundstückes einzustellen.

Art. 5. Die ungedeckten Zinsforderungen nehmen gemäss Art. 311 des Bundesgesetzes über Schuldbeitreibung und Konkurs am Nachlassvertrag der Kurrentgläubiger teil, und es erlischt mit der Bezahlung der auf sie entfallenden Nachlassdividende die Forderung gegenüber dem Schuldner und das Pfandrecht dafür in vollem Umfang.

2 Die gedeckten Kapitalforderungen nehmen am Nachlassvertrag der Kurrentgläubiger nicht teil; desgleichen in der Regel die ungedeckten Kapitalforderungen.

3 Die Grundpfandgläubiger können jedoch für letztere durch ausdrückliche Erklärung (Art. 39) die Teilnahme am Nachlassvertrag der Kurrentgläubiger verlangen, mit der für die ungedeckten Zinsforderungen geltenden Wirkung.

Zweiter Abschnitt. — Die Massnahmen im Pfandnachsverfahren.

Art. 6. Im Pfandnachsverfahren können folgende Massnahmen getroffen werden:

- Stellung der Kapitalforderungen (Art. 7 bis 12);
- Beschränkung des Zinsfusses für gedeckte Kapitalforderungen (Art. 13);
- Ausschluss der Verinslichkeit für ungedeckte Kapitalforderungen (Art. 14 und 15);
- Tilgung der rückständigen pfandversicherten Zinse (Art. 16 bis 19);
- Neuverpfändung von Zugehörgegenständen (Art. 20 und 21);
- Errichtung eines Pfandrechts für Hilfsdarlehen der Schweizerischen Hotel-Treuhand-Gesellschaft (Art. 44).

2 Wenn der Schuldner nicht selbst nur eine einzelne dieser Massnahmen verlangt, so bestimmt die Nachlassbehörde bei der Bestätigung des Pfandnachsverfahrens, ob in einzelnen Fällen alle oder nur einzelne, und welche derselben Platz zu greifen haben (Art. 40 und 42).

Art. 7. Für die Kapitalforderungen kann ohne Rücksicht darauf, ob sie gedeckt oder ungedeckt sind, eine Stundung bis längstens Ende Dezember 1940 bewilligt werden.

2 Die Stundung erstreckt sich auf alle Kapitalforderungen in gleicher Weise und ergreift, unter Vor-

behalt des Abs. 3 hiernach, auch die während des Nachlassverfahrens und der Kapitalstundung neu entstehenden, mit gesetzlichem Pfandrecht ausgestatteten Forderungen.

3 Periodische Steuern und Abgaben der Eidgenossenschaft, der Kantone und ihrer Anstalten, der Gemeinden und Korporationen, die ein gesetzliches Pfandrecht geniessen, fallen nur insoweit unter die Kapitalstundung, als sie vor Bewilligung der Nachlassstundung (Art. 31) fällig geworden sind.

Art. 8. Während der Kapitalstundung ist gegenüber dem Schuldner jede Betreibungshandlung für die gestundeten Beträge ausgeschlossen und der Lauf jeder Verjährungs- und Verwirklichungsfrist, die durch eine Betreibungshandlung unterbrochen werden kann, eingestellt. Eine vorher eingeleitete Betreibung auf Pfandverwertung fällt mit allen ihren Wirkungen dahin.

Art. 9. Die Stundung fällt mit allen ihren Wirkungen dahin, wenn der Nachlassvertrag gemäss Art. 316 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs widerrufen wird oder das Pfand zur Zwangsverwertung kommt.

Art. 10. Auf Verlangen eines Pfandgläubigers wird für seine Forderung die Stundung widerrufen, wenn er nachweist, dass der Schuldner

- diese Stundung entbehren kann, ohne in seiner wirtschaftlichen Existenz beeinträchtigt zu werden oder
- nach der Stundung zum Nachteile des Pfandgläubigers sich unredliche oder leichtfertige Handlungen hat zuschulden kommen lassen, namentlich auch eine absichtliche oder grob fahrlässige Wertverminderung des Pfandes verursacht hat, oder
- seinen Gewerbebetrieb aufgegeben oder den Pfandgegenstand veräussert hat. Vorbehalten bleiben jedoch die Bestimmungen des Art. 1, lit. b, und des Art. 47. Der erhebliche Übergang gilt nicht als Veräusserung, wenn die Erben oder einzelne derselben das Gewerbe auf dem gleichen Grundstück fortbetreiben.

2 Der Widerruf wirkt in allen Fällen auch gegenüber dem Solidarbürgen.

Art. 11. Jeder Pfandgläubiger kann, wenn der Schuldner während der Stundung die Interessen der Pfandgläubiger durch seine Geschäftsführung verletzt, bei der Schweizerischen Hotel-Treuhand-Gesellschaft den Erlass von Weisungen zu seinem Schutz gemäss Art. 43 verlangen und, wenn diese nicht befolgt werden, bei der Nachlassbehörde den Antrag auf Widerruf der Stundung gemäss Art. 10 stellen.

Dieser Antrag kann auch von der Hotel-Treuhand-Gesellschaft selbst bei Nichtbefolgung ihrer Weisungen gestellt werden.

Art. 12. 1 Kommt es vor Ablauf der Kapitalstundung zur Zwangsverwertung des Grundpfandes, so erstreckt sich die Pfandhaftung für die Grundpfandschulden ohne weiteres auch auf die von der Pfandung oder dem Konkurs an bis zur Verwertung auflaufenden Miet- und Pachtzins.

2 Rechtsgeschäfte des Grundeigentümers über im Zeitpunkte der Pfandung oder Konkursöffnung noch nicht verfallene Miet- und Pachtzinsforderungen sind in diesem Falle den Grundpfandgläubigern gegenüber ungültig.

Art. 13. Für die gedeckten Kapitalforderungen kann für die Zeit vom letzten vor der Gläubigerversammlung liegenden Zinstermine bis längstens zum Ablauf der Kapitalstundung eine vierzehnte Prozent übersteigende Verzinsung auf diesen Zinsbetrag beschränkt und im Falle eines niedrigeren Zinsfusses bestimmt werden, dass er während der nämlichen Zeit nicht erhöht werden darf.

Art. 14. 1 Für die ungedeckten Kapitalforderungen kann für die Zeit vom letzten vor der Gläubigerversammlung liegenden Zinstermine bis längstens zum Ablauf der Kapitalstundung die Verinslichkeit ganz oder teilweise ausgeschlossen und der Zinsfuss in einem vom Geschäftsergebnis abhängigen Zinsfuss umgewandelt werden.

2 Ist der Schuldner nach dem Ermessen der Nachlassbehörde in stände, wenigstens einen Teil des ungedeckten Kapitals entweder sofort oder erst nach Ablauf einer bestimmten Frist zu verzinsen, so ist die Unverzinslichkeit auf den andern jenen im Range nachgehenden Teil des Kapitals zu beschränken. In diesem Falle hat keine der ungedeckten Kapitalforderungen auf mehr als vier und ein halbes Prozent Zinsanspruch.

Art. 15. 1 Steigt der Wert des für eine ungedeckte Kapitalforderung haftenden Pfandes, so kann der Gläubiger, wenn der Schuldner dies nicht ohne weiteres selbst anerkennt, beim Bundesgericht, unter Beilegung des Pfandtitels, eine neue Schätzung verlangen.

2 Dieses Begehren kann frühestens zwei Jahre nach Bestätigung des Nachlassverfahrens und in der Folge frühestens zwei Jahre, nachdem eine Neuschätzung verlangt worden ist, gestellt werden.

3 Soweit die neue Schätzung einen höheren Wert des Pfandes ergibt, wird die Forderung vom Zeitpunkt der Stellung des Schätzungsbegehrens an wieder voll verzinslich.

Art. 16. 1 Die rückständigen, durch Pfand gedeckten Zinse können durch Barzahlung von drei Vierteln vollständig abgefunden werden. Wo die Zinsbelastung den Zinsfuss von fünf Prozent übersteigt, kann die Barzahlung auf zwei Drittel herabgesetzt werden.

2 Mit der Entrichtung dieses Betrages erlöschen die Forderung und das Pfandrecht für diese Zinse in vollem Umfang.

Art. 17. Für den zur Abfindung der gedeckten Zinse erforderlichen Gesamtbetrag kann ein allen eingetragenen Belastungen vorgehendes Pfandrecht im Grundbuch eingetragen und ein Schuldbrief oder eine Gült ausgestellt werden.

Art. 18. 1 Für die neue Pfandforderung ist eine Annuität von fünf bis sieben Prozent des eingetragenen Kapitalbetrages solange zu bezahlen, bis sie unter Zugrundelegung eines Zinsfusses des jeweiligen Kapitals von dreizehn bis vier Prozent vollständig amortisiert ist. Die Nachlassbehörde setzt nach Anhörung der Schweizerischen Hotel-Treuhand-Gesellschaft die Höhe der Annuität und des Zins fest.

2 Die nachfolgenden Pfandgläubiger rücken nach Massgabe der Abzahlungen ohne weiteres im Rang nach.

3 Die neue Pfandforderung ist unkündbar, solange nicht mehr als zwei Annuitäten ausstehen.

4 Sie untersteht nicht der Kapitalstundung.

Art. 19. 1 Erhält der Schuldner die zur Abfindung der gedeckten Zinse notwendigen Beträge nicht

von anderer Seite, so ist die schweizerische Hotel-Treuhand-Gesellschaft verpflichtet, den neugeschaffenen Amortisationspfandtitel ohne Einschlag als Grundpfandgläubiger zu übernehmen und den vollen Nominalwert dafür dem Sachwalter zur Verfügung zu stellen, sofern die von ihr für die Beteiligung an der Sanierung gestellten Bedingungen angenommen werden.

Der Bundesrat bestimmt die Stelle, die dem genannten Institut diese Pfandtitel zu ihrem vollen Nennwert zu bevorzugen hat, und den Zinsfuss für die Vorschüsse; er ist berechtigt, einen Maximalbetrag für diese Beanspruchung festzusetzen.

Art. 20. 1 Besitzt der Schuldner bisher noch nicht verpfändete bewegliche Sachen, welche nur durch seine ausdrückliche Erklärung die Eigenschaft von Zugehör zu dem Pfandgrundstück erhalten können, so kann ihm die Nachlassbehörde ermächtigen, sie für denjenigen Betrag, den er notwendig hat, um dringliche Reparaturen des Pfandes vorzunehmen, zugunsten eines einzelnen Grundpfandgläubigers, der den Gegenwert dafür zur Verfügung zu stellen bereit ist, zu verpfänden.

2 Übersteigt der Wert der verpfändbaren Gegenstände den Betrag der Reparaturen notwendigen Betrag in namhafter Weise, so ist die Bewilligung zur Verpfändung an die Bedingung zu knüpfen, dass der überschüssige Betrag gleichmässig unter die Kurrentgläubiger und die ungedeckten Pfandgläubiger verteilt werde, möge diese am Nachlassvertrag der Kurrentgläubiger teilnehmen oder nicht.

Art. 21. Ist die Flüssigmachung von Mitteln durch Verpfändung von Zugehörgegenständen nach Art. 20 nicht notwendig oder nicht möglich, so ist der Schuldner zu verpflichten, zugunsten aller Pfandgläubiger solche Gegenstände in demjenigen Wertbetrage als Zugehör im Grundbuch vormerken zu lassen, der auf die ungedeckten Pfandgläubiger allein entfallen würde, wenn der Schätzwert der verpfändbaren Gegenstände auf die sämtlichen ungedeckten Gläubiger verteilt würde.

Dritter Abschnitt. — Bürgen und Mitschuldner.

Art. 22. 1 Der Gläubiger kann die ihm gemäss Art. 495 des schweizerischen Obligationenrechts gegen den einfachen Bürgen zustehenden Rechte erst nach Ablauf der Kapitalstundung geltend machen.

2 Die solidarisch haftenden Bürgen und Mitverpflichteten können dem Gläubiger die Einrede der Stundung nur entgegenhalten, wenn die Nachlassbehörde die Stundung ausdrücklich auch auf sie ausgedehnt hat. Ein solches Begehren kann nur zugesprochen werden, wenn der Bürge den Nachweis erbracht hat, dass er ohne die Stundung in seiner wirtschaftlichen Existenz gefährdet wäre; die Stundung kann auch nur auf einen Teil der Forderung beschränkt und von Sicherstellungsleistung abhängig gemacht werden.

3 Wird ein solidarischer Verpflichteter für eine Kapitalforderung vor dem Hauptschuldner betrieblen, so kann er sofortiger Mitteilung an den Schuldner Eingang der Betreibung auf zwei Monate verlangen. Stellt der Schuldner innert dieser Frist ein Gesuch um Eröffnung des Pfandnachsverfahrens, so bleibt bis zur Gläubigerversammlung die Betreibung gegen den solidarisch Verpflichteten eingestellt und diesem das Recht vorbehalten, die Ausdehnung der Kapitalstundung auf sich zu verlangen. Leitet der Hauptschuldner innert der Frist das Pfandnachsverfahren nicht ein, so kann er dies auch nicht mehr gegenüber dem Rückgriff nehmenden solidarischen Verpflichteten tun.

4 Nehmen die solidarisch Verpflichteten Rückgriff gegen den Schuldner, so kann ihnen dieser die Einrede der Stundung entgegenhalten.

5 Während der Dauer der Kapitalstundung sind die den Bürgen nach Art. 502 und 503 des schweizerischen Obligationenrechts zustehenden Rechte eingestellt.

6 Der Bürge ist während der Kapitalstundung nicht berechtigt, im Sinne von Art. 512 des schweizerischen Obligationenrechts vom Hauptschuldner Sicherstellung oder Befreiung von der Bürgschaft zu verlangen.

Art. 23. 1 Bürgen, Mitschuldner und Gewährpflichtige haften den Pfandgläubigern, ohne Rücksicht darauf, ob sie dem Nachlassvertrag zugestimmt haben oder nicht, für die ihnen zufolge des Pfandnachsverfahrens entstandenen Verluste. Ausgenommen sind a. der nach Art. 16 nicht bezahlte Teil der gedeckten Zinsforderungen, wenn der Bürge, Mitschuldner oder Gewährpflichtige den Nachweis erbringt, dass er durch die Bezahlung dieses Betrages in seiner wirtschaftlichen Existenz gefährdet würde; b. der durch Beschränkung des Zinsfusses nach Art. 13 entstehende Ausfall; c. der dem Grundpfandgläubiger hinsichtlich der ungedeckten Kapitalforderung durch Teilnahme am Nachlassvertrag (Art. 5, Abs. 3) entstehende Ausfall, sofern der Bürge, Mitschuldner oder Gewährpflichtige der Teilnahme nicht zugestimmt hat.

2 Den Bürgen, Mitschuldnern und Gewährpflichtigen steht der Rückgriff gegen den Schuldner nur dann zu, wenn der Schuldner, nach dem Abschluss des Nachlassverfahrens zu neuem Vermögen oder ausreichendem Erwerb gekommen ist.

Vierter Abschnitt. — Zuständigkeit und Verfahren.

Art. 24. 1 Wenn mit dem Nachlassvertrag ein Pfandnachsverfahren verbunden ist, übt hinsichtlich beider Verfahren eine einzige kantonale Instanz die Funktionen der Nachlassbehörde aus. In den Kantonen mit einer obern und untern Nachlassbehörde wird diese Instanz von der Kantonsregierung bezeichnet.

2 In den Widerruf der Kapitalstundung ist die Behörde zuständig, die in erster Instanz über den Nachlassvertrag entschieden hat.

Art. 25. Das Bundesgericht kann die ihm nach dem Nachlassvertrag zustehenden Kompetenzen der Schuldbetreibungs- und Konkurskammer übertragen.

Art. 26. Das Bundesgericht ernennt für die drei Hauptsprachgebiete der Schweiz je eine oder im Falle des Bedürfnisses mehrere Pfandnachsungskommissionen.

Art. 27. 1 Die Pfandnachsungskommissionen bestehen aus einem Präsidenten und zwei weiteren Mitgliedern. Jeder Kommission sind Ersatzmitglieder beigegeben.

2 Ausnahmsweise kann die Nachlassbehörde in einfacheren Fällen die Schätzung durch ein oder zwei Mitglieder der Kommission vornehmen lassen.

3 Ist bei der ordentlichen Besetzung der Kommission oder unter Zuzug der ordentlichen Ersatzmitglieder die nötige Sach- oder Lokalkenntnis nicht genügend vertreten, so kann das Bundesgericht für den gegebenen Fall ein oder zwei ausserordentliche Mitglieder als Stellvertreter ernennen.

Art. 28. 1 Ein Mitglied oder Ersatzmann der Schätzungscommission darf sein Amt nicht ausüben und kann von den Parteien abgelehnt werden unter den gleichen Voraussetzungen, die für ein Mitglied des Bundesgerichts gelten.

2 Über den Ausstand entscheidet, wenn er bestritten ist, das Bundesgericht.

Art. 29. 1 Der Schuldner, der vom Pfandnachsverfahren gemäss den Bestimmungen dieses Bundesbeschlusses Gebrauch machen will, hat das Gesuch um Eröffnung dieses Verfahrens gleichzeitig mit der Einreichung des Nachlassvertragsentwurfes gemäss Art. 293 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs zu stellen und zu begründen.

2 Im Gesuch sind die Pfandforderungen und Pfandgegenstände anzugeben, auf die sich das Pfandnachsverfahren gemäss Art. 2 erstreckt.

Art. 30. 1 Die Nachlassbehörde gibt den Pfandgläubigern Gelegenheit, sich zum Gesuch des Schuldners zu äussern.

2 Sie unterbreitet das Gesuch ferner der Schweizerischen Hotel-Treuhand-Gesellschaft zur Begutachtung, die sich namentlich darüber äussern soll:

- a. ob die Vermögenslage des Schuldners die Anwendung von Massnahmen im Sinne des Art. 6 erfordert, und welcher von diesen Massnahmen;
- b. ob der Schuldner des Schutzes würdig erscheint;
- c. ob die Stilllegung des Hotelbetriebes in Frage kommt.

Art. 31. 1 Nach Eintreffen des Gutachtens der Hotel-Treuhand-Gesellschaft entscheidet die Nachlassbehörde über die Eröffnung des Pfandnachsverfahrens, es sei denn, dass sie noch die Einholung eines Gutachtens besonderer Sachverständiger als notwendig erachtet.

2 Der Entscheid über die Bewilligung der Nachlassstundung (Art. 295 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs) kann sofort nach Eingang des Gesuchs des Schuldners getroffen oder mit dem Entscheid über die Eröffnung des Pfandnachsverfahrens verbunden werden.

3 Eröffnet die Nachlassbehörde das Pfandnachsverfahren, so bezeichnet sie im Entscheid die Pfandforderungen und Pfandgegenstände, auf die es sich erstrecken soll.

Art. 32. 1 Der Entscheid ist dem Schuldner, im Falle der Eröffnung des Pfandnachsverfahrens auch den betroffenen Pfandgläubigern schriftlich mitzuteilen.

2 Er kann gemäss Art. 19 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs an das Bundesgericht weitergezogen werden.

Art. 33. Im Falle der Eröffnung des Pfandnachsverfahrens wird der rechtskräftige Entscheid öffentlich bekanntgemacht und dem Betreibungsamt sowie dem Grundbuchführer mitgeteilt.

Art. 34. Wird das Pfandnachsverfahren eröffnet, so wird die Frist für die Nachlassstundung auf vier Monate angesetzt und kann um höchstens weitere vier Monate verlängert werden.

Art. 35. 1 Die Schätzung der in das Pfandnachsverfahren einbezogenen Grundpfänder wird nicht durch den Sachwalter, sondern durch die eidgenössische Pfandnachsungskommission (Art. 26 bis 28) vorgenommen, deren Befund endgültig ist.

2 Ihre Schätzung erstreckt sich auch auf allfällige, neben dem Grundpfand mithaftende andere Pfänder, sowie auf die als Zugehör in Frage kommenden beweglichen Gegenstände (Art. 20 und 21).

3 Sobald das Pfandnachsverfahren eröffnet ist, hat der Sachwalter die Schätzung zu veranlassen. Gleichzeitig fordert er die Pfandgläubiger auf, innert angemessener Frist ihre Pfandtitel einzureichen und die Bürgen anzugeben. Der Sachwalter benachrichtigt die Bürgen von dem Pfandnachsverfahren und macht die solidarisch haftenden Bürgen und Mitverpflichteten auf die ihnen nach Art. 22, Abs. 2, zustehenden Rechte aufmerksam. Unterlässt der Pfandgläubiger die Angabe eines Bürgen, so kann er während der Kapitalstundung diesem gegenüber die Forderung nicht geltend machen.

4 Die Schätzung hat ausschliesslich Wirkung im Pfandnachsverfahren.

Art. 36. 1 Die Schätzungskommissionen unterstehen der Aufsicht des Bundesgerichtes; es sorgt durch Weisungen an sie für eine einheitliche Durchführung der Schätzungen.

2 Das Bundesgericht erlässt über das Schätzungsverfahren und die Ausübung der Aufsicht über die Kommissionen eine Verordnung.

Art. 37. Nach Eingang der Schätzung erlässt der Sachwalter eine Verfügung darüber, welche Kapital- und Zinsforderungen als gedeckt und welche als ungedeckt erscheinen, und bezeichnet die Zinsforderungen, die nicht mehr pfandgesichert sind.

Art. 38. 1 Die Verfügung des Sachwalters ist dem Schuldner und den beteiligten Pfandgläubigern schriftlich mitzuteilen.

2 Gegen die Verfügung steht den Beteiligten innert zehn Tagen seit der Mitteilung die Beschwerde an die Nachlassbehörde offen.

3 Der Entscheid der Nachlassbehörde kann nach Art. 19 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs an das Bundesgericht weitergezogen werden.

4 Erfolgt durch den Entscheid der Nachlassbehörde oder des Bundesgerichtes eine wesentliche Abänderung der Verfügung des Sachwalters, so ist davon dem Schuldner und den Pfandgläubigern neuerdings Mitteilung zu machen.

Art. 39. 1 Ungedeckte Pfandgläubiger, die im Sinne von Art. 5, Abs. 3, am Nachlassvertrag der Kurrentgläubiger teilnehmen wollen, haben innert zehn Tagen, seitdem die Verfügung nach Art. 37 und 38 rechtskräftig geworden ist, dem Sachwalter zuhanden des Schuldners eine entsprechende Erklärung abzugeben.

2 Innerhalb eines Monats nach Ablauf dieser Frist hat der Schuldner dem Sachwalter den der Gläubigerversammlung vorzulegenden Vorschlag für den Nachlassvertrag der Kurrentgläubiger und die im Pfandnachsverfahren zu treffenden Massnahmen zu unterbreiten sowie sich über die Bedingungen eines allfälligen Verkaufes des Pfandgrundstückes oder der blossen Umwandlung des Aufzuges des darauf betriebenen Gewerbes (Art. 1, lit. b) auszusprechen.

3 Gleichzeitig hat er sich über die Beschaffung der zur Abfindung der gedeckten Zinse erforderlichen Mittel (Art. 19) auszusprechen, sowie über die allfällige vorzunehmende Neuverpfändung von Zugehörgegenständen (Art. 20 und 21) auszusprechen.

Art. 40. 1 Ein solidarisch haftender Bürge oder Mitverpflichteter, der die Ausdehnung der Kapitalstundung auf sich (Art. 22, Abs. 2) verlangt, hat das Gesuch und die Ausweise zu dessen Begründung spätestens am Tage der Gläubigerversammlung dem Sachwalter einzureichen, welcher die Vernehmung des Gläubigers darüber einholt.

2 Das vom Sachwalter gemäss Art. 304 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs nach der Gläubigerversammlung der Nachlassbehörde zu erstattende Gutachten hat sich auch darüber auszusprechen, ob die im Pfandnachsverfahren vom Schuldner in Anspruch genommenen Massnahmen zur Erhaltung seiner wirtschaftlichen Existenz geeignet sind, welche Massnahmen einzutreten haben, insbesondere welche

Anordnungen hinsichtlich der Verpfändung beweglicher Sachen zu treffen sind (Art. 20 und 21) und ob durch den Nachlassvertrag der Kurrentgläubiger und den Pfandnachlassvertrag die Interessen der Gläubiger besser gewahrt werden, als durch eine sofortige Zwangsliquidation; gegebenenfalls hat das Gutachten des Sachwalters sich zu dem Gesuch um Ausdehnung der Stundung auf die Solidarbürgen zu äussern.

Art. 41. ¹ Die Nachlassbehörde bestätigt dem mit dem Pfandnachlassverfahren verbundenen Nachlassvertrag der Kurrentgläubiger, auch wenn die gemäss Art. 305 des Bundesgesetzes über Schuld- und Konkurs erforderliche zustimmende Kopf- und Summenmehrheit nicht vorliegt, sofern

- der Schuldner des Schutzes würdig scheint,
- durch den Nachlassvertrag die Erhaltung seiner wirtschaftlichen Existenz wahrscheinlich gemacht ist,
- die Interessen der Gläubiger damit besser gewahrt werden als durch eine sofortige Zwangsliquidation, und
- die Voraussetzungen des Art. 306 des Bundesgesetzes über Schuld- und Konkurs zutreffen.

² Ist dem Schuldner das Recht eingeräumt worden, das Pfandgrundstück zu veräußern oder das darauf betriebene Gewerbe umzuwandeln oder aufzugeben (Art. 1, lit. b), so ist ferner erforderlich, dass durch die Nachlassbehörde vorgesehene näheren Bedingungen für die Interessen der Gläubiger im wesentlichen ebenso gewahrt werden wie durch den Fortbetrieb des Gewerbes durch den Schuldner unter den bisherigen Verhältnissen oder durch eine sofortige Zwangsliquidation.

Art. 42. ¹ Gleichzeitig mit der Bestätigung des Nachlassvertrages der Kurrentgläubiger trifft die Nachlassbehörde den Entscheid im Pfandnachlassverfahren.

² Sie bestimmt für die Kapitalforderungen die Dauer der Stundung, entscheidet über die fernere Verzinslichkeit der ungedeckten Kapitalen und bezeichnet die Beträge, für welche das Pfandrecht zu löschen ist.

³ Sie setzt Art und Höhe der neu einzutragenden Amortisationspfandforderungen sowie den Betrag und den Verfalltermin für dafür zu entrichtenden Annuitäten fest, bestimmt die Art und Weise der allfälligen Neuverpfändung vorhandener Beweglichkeiten und die Verwendung der dadurch erhältlich gemachten Mittel und setzt die Bedingungen fest, unter welchen, sowie die Frist, innert der ein Verkauf des Pfandgrundstückes oder eine Umwandlung oder Aufgabe des darauf betriebenen Gewerbes bewilligt wird.

⁴ Auf Begehren von solidarisch haftbaren Bürgen oder Mitverpflichteten entscheidet die Nachlassbehörde über die Ausdehnung der Kapitalstundung gemäss Art. 22.

⁵ Zur Verhandlung ist auch die Schweizerische Hotel-Treuhand-Gesellschaft einzuladen.

Art. 43. ¹ Mit der Bestätigung des Nachlassvertrages wird das Unternehmen des Schuldners der Aufsicht der Schweizerischen Hotel-Treuhand-Gesellschaft unterstellt. Die Nachlassbehörde bestimmt die Dauer dieser Aufsicht, die in der Regel mindestens bis zum Ablauf der Kapitalstundung bestehen soll. Während der nämlichen Zeit gelten die nachfolgenden Bestimmungen.

² Die Hotel-Treuhand-Gesellschaft prüft von Zeit zu Zeit die Buchführung und den Betrieb. Sie kann Weisungen erteilen in bezug auf die Buchführung, die Einschränkung der Unkosten, die Höhe von Gehältern und Bezügen zu Privatzielen sowie für besondere Fragen der Betriebsführung.

³ Für eine neue Belastung von zum Unternehmen gehörenden Grundstücken bedarf der Schuldner der Zustimmung der Hotel-Treuhand-Gesellschaft. Im Grundbuch ist eine Verfügungsbeschränkung gemäss Art. 960 des Zivilgesetzbuches vorzunehmen; Art. 812, Abs. 1, des Zivilgesetzbuches tritt insoweit ausser Wirksamkeit.

⁴ Die Eingehung von Bürgschaften ist dem Schuldner bei Folge der Nichtigkeit untersagt.

⁵ Ist für ungedeckte Kapitalforderungen ein vom Geschäftsergebnis abhängiger Zinssatz bewilligt worden (Art. 14, Abs. 1), so setzt die Treuhandgesellschaft, nach Anhörung der Pfandgläubiger und des Schuldners, die Höhe des Zinssatzes jeweils für die Dauer eines Jahres fest; Gläubiger und Schuldner können gegen diese Verfügung binnen zehn Tagen den Entscheid der Nachlassbehörde anrufen.

Art. 44. ¹ Die Schweizerische Hotel-Treuhand-Gesellschaft ist berechtigt, für ein im Nachlassverfahren gewährtes, nicht unter Art. 19 fallendes Darlehen oder für einen Teilbetrag desselben die Errichtung eines im Rang auf das gedeckte Gesamtkapital folgenden Pfandrechts in der Grundpfandbeschreibung oder eines Schuldbriefes und dessen Eintragung im Grundbuch zu verlangen.

² Die nachfolgenden Gläubiger rücken nach Massgabe der Abzahlungen ohne weiteres im Rang nach.

³ Die neue Pfandforderung unterliegt nicht der Kapitalstundung.

Art. 45. ¹ Der Entscheid der Nachlassbehörde (Art. 41, 42 und 43) ist dem Schuldner sowie der Schweizerischen Hotel-Treuhand-Gesellschaft vollständig und jedem Gläubiger und Bürgen, soweit er ihn betrifft, schriftlich mitzuteilen.

² Er kann vom Schuldner sowie von der Treuhand-Gesellschaft in seinem ganzen Umfang und von jedem Gläubiger und Bürgen, soweit er ihn betrifft, gemäss Art. 19 des Bundesgesetzes über Schuld- und Konkurs an das Bundesgericht weitergezogen werden.

Art. 46. ¹ Der rechtskräftig gewordene Entscheid im Pfandnachlassverfahren ist, sobald der Schuldner sich über die Bezahlung der Nachlassdividende an die Gläubiger ausgewiesen hat, vom Sachwalter zu vollziehen. Namentlich liegt ihm ob

- im Grundbuch und in den Pfandtiteln die erforderlichen Löschungen vornehmen sowie die Stundung und die Änderung in der Verzinslichkeit vormerken zu lassen;
- das zur Abfindung der gedeckten Zinse oder für das Hilfstitelrecht der Hotel-Treuhand-Gesellschaft neu zu errichtende Pfandrecht ins Grundbuch eintragen und die Pfandtitel erstellen zu lassen, sie den neuen Pfandgläubigern auszuhandeln und den allfälligen Gegenvort an die Zinsgläubiger zu bezahlen;
- die allfällige Verpfändung beweglicher Sachen zu überwachen oder selbst vorzunehmen und die Verwendung des daraus erhältlichen Gegenwertes zu überwachen.

² Werden die Pfandtitel auch auf erneute Auforderung hin nicht eingeleistet, so erlässt der Sachwalter an Stelle der in den Pfandtiteln vorzunehmenden Eintragungen eine öffentliche Bekanntmachung.

Art. 47. ¹ Der Sachwalter hat ferner eine allfällige, von der Nachlassbehörde genehmigte Veräußerung des Pfandgrundstückes oder Umwandlung oder Aufgabe des darauf betriebenen Gewerbes durch den Schuldner (Art. 1, lit. b) zu überwachen.

² Werden diese Massnahmen vom Schuldner nicht innert der dafür angesetzt Frist oder unter andern als den von der Nachlassbehörde genehmigten Bedingungen getroffen, so hat der Sachwalter sofort bei der Nachlassbehörde den Widerruf des Nachlassvertrages zu beantragen.

Art. 48. ¹ Wird die Kapitalstundung widerrufen oder fällt sie, gestützt auf den Widerruf des Nachlassvertrages, dahin, so hat die den Widerruf ausprechende Behörde den Grundpfandgläubiger, dem Betreibungsamt und dem Grundbuchführer Mitteilung zu machen.

² Auf Begehren der Beteiligten hat die Nachlassbehörde die Vormerkungen über die Stundung und die Verzinslichkeit in den Pfandtiteln zu löschen.

³ Fällt die Stundung infolge von Zwangsverwertung des Pfandes dahin, so hat das Amt, das diese durchführt, die Löschung zu veranlassen.

Art. 49. ¹ Tritt infolge Neuschätzung des Pfandes (Art. 15) eine Veränderung in der Verzinslichkeit ein, so verfügt das Bundesgericht, die entsprechende Änderung im Grundbuch und in den Pfandtiteln.

Art. 50. ¹ Ist der Schuldner, dessen Nachlassvertrag bestätigt wurde, später ein eigenes Verschulden ausserstehend, die Kapitalzinsen gemäss den Bestimmungen des Entscheides zu bezahlen, so kann er bei der Nachlassbehörde um Stundung derselben nachsuchen.

² Nach Einreichung des Stundungsgesuches kann die Nachlassbehörde eine laufende Bezahlung für fällige Zinse vorläufig einstellen.

³ Die Nachlassbehörde holt die schriftliche Vernehmung der Schweizerischen Hotel-Treuhand-Gesellschaft sowie der betroffenen Gläubiger und Bürgen ein und nimmt die allfälligen notwendigen weitem Erhebungen vor.

⁴ Die Hotel-Treuhand-Gesellschaft sowie jeder betroffene Gläubiger können jedoch eine mündliche Verhandlung verlangen.

Art. 52. ¹ Die Nachlassbehörde bewilligt eine Zinseinstundung, wenn die Voraussetzungen des Art. 41, lit. a-c, in entsprechender Anwendung auf die Stundung erfüllt sind.

² Die Stundung kann auf verschiedene Dauer, jedoch höchstens in dem Umfang bewilligt werden, dass nach ihrem Ablauf mit Einschluss der verfallenen Zinse nicht mehr als drei Jahreszinsen rückständig sind. Die Nachlassbehörde kann die Stundung von der Entrichtung von Ratenzahlungen abhängig machen; sie kann auch die Bezahlung von Verzugszinsen vorschreiben. Bei der Ordnung dieser Fragen ist dem Pfandrechtsrang der einzelnen Forderungen Rechnung zu tragen.

³ Die Bezahlung zur Geldtendmachung der Pfandhaft an Miet- und Pachtzinsen (Art. 806 ZGB) darf auch während der Stundung eingeleistet werden; das Verwertungsbegehren ist jedoch während der Stundung unzulässig.

⁴ Während der Stundung gilt für die Bürgen und Mitschuldner Art. 22 sinngemäss.

⁵ Art. 9-11 finden auf die Zinseinstundung entsprechende Anwendung.

⁶ Der Entscheid über Stundung oder Widerruf unterliegt nicht der Weiterziehung ans Bundesgericht.

Art. 53. ¹ Über das Vorhandensein von neuem Vermögen oder Erwerb im Falle des Art. 23 entscheidet, wenn es bestritten ist, die kantonale Nachlassbehörde, welche den Nachlassvertrag erstinstanzlich genehmigt hatte, auf Begehren des Bürgen, Mitschuldners oder Gewährspflichtigen unter freier Würdigung der Umstände endgültig.

² Sie hat von Amtes wegen die zur Entscheidung notwendigen Erhebungen vorzunehmen und kann hierzu auch Sachverständige beiziehen.

³ Der Schuldner hat alle von der Nachlassbehörde geforderten Auskünfte und Belege beizubringen, namentlich auch seine Bücher vorzulegen.

Art. 54. ¹ Für den gleichzeitig mit der Genehmigung des Nachlassvertrages ergehenden Entscheid über das Pfandnachlassverfahren kann die kantonale Nachlassbehörde eine besondere Gebühr nicht beziehen. Für die Eröffnung des Pfandnachlassverfahrens, den Widerruf der Kapitalstundung und den Beschwerdeentscheid gemäss Art. 38 bezieht sie eine Gebühr von zwanzig bis hundert Franken für den Entscheid über die Höhe des Zinssatzes gemäss Art. 34, Abs. 5, eine solche von zehn bis zwanzig Franken.

² Das Bundesgericht erhebt neben den Kanzlei- auslagen eine Gerichtsgebühr von zehn bis hundertfünfzig Franken.

³ Die eidgenössischen Pfandschätzungskommissionen beziehen die für die Schätzungskommissionen im Enteignungsverfahren vorgesehenen Gebühren und Entschädigungen [Verordnung vom 3. November 1931, Art. 1 bis 6, 8 bis 10].

Art. 55. ¹ Die Kosten der Pfandschätzungen fallen zu Lasten des Schuldners.

² Die Kosten der nachträglichen Schätzungen trägt der Gläubiger, der sie verlangt. Ergibt jedoch die neue Schätzung einen höheren Wert, so hat der Schuldner die Kosten dem Gläubiger zu ersetzen.

³ Die übrigen Kosten des Verfahrens trägt der Schuldner und hat sich der Nachlassbehörde oder dem Sachwalter an Verlangen vorzuschüssen.

Fünfter Abschnitt. — Übergangs- und Ausdehnungsbestimmungen.

Art. 56. ¹ Ist dem Eigentümer eines Hotels ein Pfandnachlassverfahren gemäss der Verordnung des Bundesrates vom 18. Dezember 1920** mit Tilgung der gedeckten Zinse (Art. 16 bis 20) bewilligt worden, die Amortisation der Pfandforderung nach Art. 18 jedoch noch nicht beendet, so erhält eine gestützt auf Art. 16 oder 19, Abs. 2, des Bundesbeschlusses vom 30. September 1932** und gestützt auf Art. 17 des vorliegenden Beschlusses gerichtete neue Pfandforderung den gleichen Rang wie die frühere, oder es werden beide Pfandforderungen zu einer einzigen mit Vorrang vor allen eingetragenen Belastungen verschmolzen.

² Die Verzinsung der alten Pfandforderung unterliegt den Bestimmungen der Art. 16 bis 19 des gegenwärtigen Beschlusses nicht.

Art. 57. ¹ Ist in einem früheren Verfahren ein Pfandtitel zur Abfindung gedeckter Zinse errichtet worden, die Amortisation der Pfandforderung aber noch nicht beendet, so kann die Nachlassbehörde auf Antrag des Schuldners oder der Schweizerischen Hotel-Treuhand-Gesellschaft die Annuität und den Zins im Rahmen des Art. 18 herabsetzen.

² Die Nachlassbehörde entscheidet nach Anhörung der Beteiligten und eröffnet ihnen den Entscheid schriftlich. Sie veranlasst die nötigen Eintragungen im Grundbuch und in den Pfandtiteln.

Art. 58. ¹ Die Stundung von Zinsen gemäss Art. 50 bis 52 kann auf Begehren des Schuldners auch dann bewilligt werden, wenn vor Inkrafttreten des gegenwärtigen Beschlusses der Nachlassvertrag be-

** A. S. 47, 710.

*** A. S. 26, 447.

**** A. S. 48, 648.

stätigt oder ohne behördlichen Nachlassvertrag, jedoch unter Mitwirkung der Schweizerischen Hotel-Treuhand-Gesellschaft, ein Sanierungsverfahren durchgeführt worden ist.

² Ein Schuldner, der in diesem Falle um Zinseinstundung ersuchte, untersteht ebenfalls den Bestimmungen des Art. 43, Abs. 2 bis 4.

Art. 59. Das im gegenwärtigen Beschluss genehmigte Pfandnachlassverfahren wird auf die Stickereiindustrie und ihre Hilfsindustrien sinngemäss anwendbar erklärt mit der Massgabe, dass an die Stelle der Hotel-Treuhand-Gesellschaft die Stickerei-Treuhand-Gesellschaft tritt.

ZWEITER TEIL.

Nachlass oder Stundung von Hotelpachtzinsen.

Art. 60. Der Pächter eines Hotels, der gemäss der Vorschrift des Art. 1, Abs. 1, dieses Beschlusses der paritätischen Arbeitslosenkasse beigetreten ist, kann bei der Nachlassbehörde einen angemessenen Nachlass vom Pachtzins oder die Stundung des Pachtzins oder eines Teils desselben verlangen, wenn er glaubhaft macht, dass er ein eigenes Verschulden infolge der wirtschaftlichen Krise den Pachtzins nicht voll bezahlen kann.

Art. 61. ¹ Mit dem Gesuch hat der Pächter den Pachtvertrag einzureichen und die Pachtzins zu bezeichnen, für die er Nachlass oder Stundung verlangt, ebenso die für diese Pachtzins allfällig bestehenden Sicherheiten.

² Dem Gesuch sind die Geschäftsbücher des Pächters sowie eine Übersicht über seine Vermögenslage beizufügen.

Art. 62. ¹ Die Nachlassbehörde teilt das Gesuch dem Vermieter mit und holt seine Antwort ein. Sie ordnet die ihr sonst noch erforderlich scheinenden Erhebungen an und kann auch Sachverständige beiziehen.

² Hat der Pächter sich an die Schweizerische Hotel-Treuhand-Gesellschaft gewendet, so holt die Nachlassbehörde den Bericht derselben über die Möglichkeit der Gewährung einer Beihilfe ein.

³ Bestehen für den Pachtzins Bürgen oder Mitschuldner, so ist auch ihnen Gelegenheit zur Vernehmung zu geben.

⁴ Hat der Vermieter für einen rückständigen Pachtzins dem Pächter bereits gemäss Art. 293 des Obligationenrechts Frist mit Androhung der Auflösung des Pachtvertrages angesetzt, so kann die Nachlassbehörde die Wirkung dieser Fristansetzung vorläufig einstellen.

⁵ Die Nachlassbehörde entscheidet in einer mündlichen Verhandlung, zu welcher der Pächter, der Vermieter, gegebenenfalls Bürgen und Mitschuldner sowie die Schweizerische Hotel-Treuhand-Gesellschaft einzuladen sind.

Art. 63. ¹ Ein Nachlass ist nur zu bewilligen, wenn keine Aussicht besteht, dass der Pächter den Pachtzins in den nächsten Jahren vollständig nachbezahlen kann.

² Der Nachlass kann sich auf verfallene oder noch fällig werdende, jedoch höchstens auf zwei künftige jährliche Pachtzins erstrecken.

Art. 64. ¹ Eine Stundung ist zu bewilligen, wenn Aussicht besteht, dass der Schuldner nach Ablauf der Stundung in der Lage sein wird, die gestundeten Beträge vollständig nachbezahlen. Die Nachlassbehörde kann auch dann auf Stundung erkennen, wenn der Pächter einen Nachlass vom Pachtzins verlangt hat.

² Die Stundung kann sich auf verfallene oder noch fällig werdende, jedoch höchstens auf zwei künftige jährliche Pachtzins erstrecken.

³ Die Nachlassbehörde setzt die Abzahlungsstermine für die gestundeten Pachtzins fest; die Stundungsfrist darf für jeden Pachtzins drei Jahre nicht übersteigen.

⁴ Wo die Umstände es rechtfertigen, kann die Nachlassbehörde die gestundeten Beträge verzinslich erklären; sie setzt in diesem Falle den Zinssatz und die Zinstermine fest.

⁵ Auf Begehren von Bürgen und Mitschuldner kann die Stundung auf sie ausgedehnt werden; für die Voraussetzungen und Wirkungen dieser Ausdehnung findet Art. 22 entsprechende Anwendung.

Art. 65. ¹ Für den Entscheid über Nachlass oder Stundung von Pachtzinsen ist als einzige kantonale Instanz dieselbe Nachlassbehörde wie für das Pfandnachlassverfahren zuständig (Art. 24 dieses Beschlusses).

² Der Entscheid dieser Behörde kann vom Pächter, vom Vermieter und gegebenenfalls von Bürgen und Mitschuldner nach Art. 19 des Bundesgesetzes über Schuld- und Konkurs an das Bundesgericht weitergezogen werden. Art. 25 dieses Beschlusses findet Anwendung.

DRITTER TEIL.

Inkrafttreten und Geltungsdauer

Art. 66. Dieser Bundesbeschluss wird dringlich erklärt. Der Bundesrat bestimmt den Zeitpunkt seines Inkrafttretens.

Art. 67. Dieser Bundesbeschluss gilt bis Ende Dezember 1938, in dem Sinne, dass er noch Anwendung findet, wenn der Schuldner vor diesem Zeitpunkt bei der Nachlassbehörde ein Gesuch um Eröffnung des Pfandnachlassverfahrens oder um Nachlass oder Stundung des Pachtzins gestellt hat.

Art. 68. Mit dem Inkrafttreten dieses Bundesbeschlusses werden der Bundesbeschluss vom 30. September 1932 über das Pfandnachlassverfahren für die Hotel- und die Stickereindustrie* sowie der Bundesbeschluss vom 27. März 1934 über Erweiterung der rechtlichen Schutzmassnahmen für die Hotel- und Stickereindustrie** aufgehoben.

Also beschlossen vom Ständerat,

Bern, den 21. Juni 1935.

Der Präsident: E. Béguin.
Der Protokollführer: Leitgruber.

Also beschlossen vom Nationalrat,

Bern, den 21. Juni 1935.

Der Präsident: Schüpbach.
Der Protokollführer: G. Bovet.

Der schweizerische Bundesrat beschliesst: Der vorstehende Bundesbeschluss tritt am 1. Juli 1935 in Kraft.

Bern, den 24. Juni 1935.

Im Auftrag des schweiz. Bundesrates,
Der Bundeskanzler:
G. Bovet.

* A. S. 48, 648.

** A. S. 50, 241.

Kurz-Meldungen

Auslandsnachrichten

Ermässiger Benzinpreis für Ausländer in Italien

Wie wir in einer Mitteilung an die „N. Z. Ztg.“ lesen wurden kürzlich in der italienischen Presse anhand eines neuen Gesetzeslasses besondere Preisermäßigungen für den Benzinbezug ausländischer Automobilfahrer angekündigt. Der Erlass dürfte in absehbarer Zeit (voraussichtlich im Herbst) in Kraft treten und zwar sollen die Gutscheine für den Bezug verbilligten Benzins bei der Einreise nach Italien jenen Ausländern abgegeben werden, die im Besitze der vom italienischen Touristikverband ausgestellten Hotelgutscheine sind. Die Auszahlung der Gutscheine an die in Italien einreisenden Autotouristen erfolgt durch die ENIT an den Grenzstationen. Die Ermässigung ist für einen Höchstverbrauch von 20 Liter Benzin pro Tag vorgesehen und beläuft sich auf 25 Prozent des üblichen Preises bei 15-tägigem Aufenthalt und auf 50 Prozent bei 15-30-tägigem Aufenthalt in Italien.

Aus der österreichischen Hotellerie.

An der kürzlichen Hauptversammlung des Zentralverbandes der Hotellerie Österreichs wurde u. a. auch die Frage der Schaffung von Schutzbestimmungen für den Begriff „Hotel“ behandelt und dabei zuhanden der Behörden eine Entschliessung angenommen, wonach die Bezeichnung zur Führung der Firmabezeichnung „Hotel“ durch die Gewerbeordnung geregelt werden soll. Weiter wurde die Verbandsleitung beauftragt, zum Schutze der notleidenden Hotellerie staatliche Verfügungen gegen die Errichtung neuer Betriebe (nach dem Beispiel der Schweiz) zu erwirken, bzw. diesbezüglich mit den Behörden in Verbindung zu treten, desgleichen hinsichtlich der gesetzlichen Regelung der Privatzimmer-Vermietung an Ortsfremde.

Verteuerte „Reisemark“ für Holländer.

Die niederländische Regierung hat angeordnet, dass jeder in Holland ansässige Käufer von Reisemark 20% des Gesamtbetrages in „freien Reichsmark“ kaufen muss, die über das niederländisch-deutsche Clearing verrechnet werden. Damit wird angestrebt, nicht nur den Stand der Clearing zu verbessern, sondern auch die Reisen von Holländern nach Deutschland zu verteuern, da diese Reisen eine ernste Bedrohung für die niederländischen Bäder und Gaststätten bilden. Praktisch wird die Vorschrift so durchgeführt werden, dass die Reisemarken den Preis dieser Mark von bisher 0.35 fl. auf etwa 0.39 1/2 fl. erhöhen. (N. Z. Ztg.)

Verkehr

Alpenposten

Reisendenzahl vom 17.—23. Juni 1935. Die Zahl der Reisenden (12139) ist hinter dem Ergebnis des Vorjahres (16532) infolge der ausserordentlichen Schneemengen und der späten Eröffnung der Alpenstrassen bedeutend zurückgeblieben (um 4413). — In der Woche vom 24./30. Juni wurden rund 18000 Passagiere befördert, d. h. 2300 mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Fremdenstatistik

Zürich. Laut Mitteilung des Stat. Amtes sind im Monat Mai in den Zürcher Hotels, Gasthöfen und Pensionen 24840 Gäste abgestiegen, annähernd die gleiche Zahl wie im Parallelmonat des Vorjahres, aber rund 1800 weniger als im April 1935. Die Ankünfte aus den wichtigsten Herkunftsgebieten waren: Schweiz 13306 (Vorjahr 12394), Deutschland 5854, Österreich 1098, Frankreich 1088, Italien 691, Grossbritannien 587, und Holland 469. Das Minus von etwas mehr als tausend Ankünften aus dem Ausland gegenüber dem letzten Jahr ist vermindertem Besuch aus Deutschland, Frankreich und Italien zuzuschreiben. — Die Zahl der Logiernächte ist gegenüber dem Vorjahr um rund 1700 auf 71765 gesunken, 48.3 Prozent der Logiernächte entfallen auf Schweizer, 51.7 Prozent auf ausländische Gäste. Die Bettenbesetzung betrug 47.5 (49.0) Prozent.

Graubünden. Die kantonale Fremdenstatistik meldet für die beiden Monate April und Mai 1935 total 266333 Logiernächte gegen 249337 in den gleichen Monaten des Vorjahres. Mehr als die Hälfte der Übernachtungen, d. h. 148624 (1934: 131732) entfallen auf Schweizergäste; es folgen Deutschland mit 63290 (59387), England mit 14045 (11771), Holland mit 12095 (10509), Frankreich mit 7671 (7588), Italien mit 3197 (5388) Logiernächten usw.

Saison-Eröffnungen

Bürgenstock: Palace Hotel, 1. Juli.
Sils-Maria: Hotel Edelweiss, 29. Juni.
Gstaad: Hotel Bellevue-Kurhaus, 1. Juli.
Zooz: Hotel Castell, 6. Juli.
Mürren: Grand Hotel u. Kurhaus, 25. Juni.
Wengen: Regina Hotel Blümlisalp, 27. Juni.

Warnungstafel

Obacht. Keine Kreditgewährung.

Aus Interlaken wird vor einem Ehepaar gewarnt, das in einem dortigen Hotel absteigt, sich mit dem — vermutlich falschen — Namen M. et Mme Jules Deners, Notaire honoraire, Anvers (Belgique), ins « bulletin d'arrivée » eintrug und am folgenden Tag nach Einnahme des Lunch ohne Begleichung der Rechnung das Weite suchte. — Von dem Paar wird folgendes Signalement gegeben: Alter Ende 50er Anfang 60er Jahre. Der Herr hat weissen Spitzbart, graumelierte Haare, trägt dunklen Anzug; die Dame hat dunklen Teint, eine Zahnleuchte vorn im Munde, trägt graue Trikot-Bluse und dunklen Rock (vermutlich ist den Beiden ihr Gepäck irgendwo gefanden worden).

Wir warnen vor Kreditgewährung und ersuchen diejenigen Hotels, in denen das Paar event. absteigt, um gefällige Benachrichtigung der Redaktion.

Redaktion — Rédaction

Dr. Max Riesen

A. Matti

Ch. Magne

Tourisme italo-suisse

Amélioration des prescriptions sur les devises.

Les négociations économiques entre la Suisse et l'Italie, terminées tout récemment, ont abouti entre autres à une entente au sujet de la délivrance de devises aux voyageurs italiens qui se rendent en Suisse. Les dispositions principales de cet accord peuvent se résumer dans les points suivants:

1. Les agences de voyages sont autorisées à établir, pour les Italiens qui se rendent en Suisse dans des buts de vacances et de repos, des bons d'hôtel et des bons de voyages à forfait. Elles peuvent accomplir elles-mêmes à cet effet, en lieu et place des touristes, les formalités prescrites pour la délivrance de devises.

2. Les voyageurs peuvent demander des bons en quantité suffisante pour trois mois de séjour par an.

3. En plus de ces bons, les touristes italiens peuvent emporter avec eux le montant de libre exportation, soit 2.000 liras, en billets de 50 et 100 liras.

Nous invitons les hôtels membres de la S.S.H. à aviser leurs correspondants italiens qu'ils ont à s'informer auprès des agences de voyages italiennes en ce qui concerne l'autorisation d'exportation de devises. On peut obtenir de plus amples détails auprès du secrétariat de la Fédération suisse du tourisme à Zurich.

Impôt fédéral sur les boissons

Les déclarations fiscales pour le deuxième trimestre seront envoyées, au commencement de juillet courant, aux contribuables inscrits. Comme la plupart des aubergistes acquièrent leurs boissons auprès de marchands qui acquittent eux-mêmes l'impôt, ils n'auront, dans la plupart des cas, pas de transaction commerciale à annoncer. Toutefois, la déclaration fiscale doit être retournée, signée, à la Section de l'impôt sur les boissons, même si aucune transaction commerciale imposable ne doit être déclarée. Dans ce cas, la déclaration fiscale portera la mention « Pas de transaction commerciale imposable »; elle sera remise, dans tous les cas, au plus tard le 20 juillet.

Il n'est pas admissible qu'un aubergiste, qui n'a pas de transaction imposable à déclarer, ne retourne pas sa déclaration; il est tenu de la faire dans son propre intérêt afin de s'éviter des désagréments.

Une courte notice concernant son établissement est jointe à la déclaration fiscale. Que chaque contribuable veuille bien se donner la peine de la lire, de même que les instructions de la page 4 de la déclaration.

La Direction générale des douanes,
Section de l'impôt sur les boissons.

Berne, le 26 juin 1935.

Le Plan hôtelier

I. La manière de voir de M. Duttweiler.

Au courant de la première quinzaine de juin, M. Duttweiler a adressé à l'Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail une longue lettre, publiée *in extenso* en allemand dans notre dernier numéro et que nous résumons ci-dessous.

Dans ce document, M. Duttweiler affirme d'abord qu'il avait déjà exposé, lors de la conférence présidée par le dit office pour tenter un arrangement avec la S. S. H., l'offre définitive qu'on lui demandait de nouveau, à savoir la moitié de la garantie de moindre occupation calculée par la Commission paritaire.

Il reproche à des milieux touchant de près à la S. S. H. leurs critiques « destructives » à l'adresse de l'Hôtelplan, lesquelles

ont défavorablement influencé le public, les signataires de parts à fonds perdus et les agences de voyages et ont brisé l'élan du mouvement « national » qu'il avait déclenché.

Il constate que les prix calculés par la Commission paritaire sont de beaucoup supérieurs aux prix minima tels qu'ils sont pratiqués actuellement par de nombreux hôtels. Les prix de la commission couvrent tous les frais effectifs d'exploitation, plus un franc de supplément, tandis que les minima de la S. S. H. font travailler à perte si la clientèle est insuffisante.

Si M. Duttweiler a néanmoins accepté le 20 mai, à la Conférence des présidents à Berne, ces tarifs de la Commission paritaire, c'est parce qu'en cas de forte affluence ils se rapprochent beaucoup des offres primitives du Plan hôtelier.

Les garanties pour moindre occupation calculées par la Commission paritaire sont si élevées qu'elles n'auraient pu être admises sans l'établissement, en temps utile, d'un front commun de l'hôtellerie et du tourisme avec le Plan hôtelier, afin de pouvoir englober l'étranger dans l'action entreprise. En tout cas ces garanties ne peuvent être basées que sur le nombre des lits non occupés. M. Duttweiler se déclare convaincu que si une entente avait pu être réalisée à la Conférence des présidents du 20 mai, il lui aurait été possible de réunir des souscriptions très importantes à fonds perdus. Après la campagne de discrédit menée ensuite contre le Plan hôtelier, la situation se trouve totalement modifiée.

Pendant longtemps, la S. S. H. a pratiqué des prix différents, d'une part pour l'avant et l'arrière-saison, de l'autre pour la haute saison. Cette différence était d'environ deux francs. Contrainte par les circonstances, la S. S. H. a autorisé la pratique des prix minima aussi pendant la haute saison, à la condition de ne pas appliquer des tarifs inférieurs avant et après cette haute saison. Cette mesure a eu pour conséquence la ruine de l'avant et de l'arrière saison, tout le trafic s'étant concentré sur la saison principale.

Le but du Plan hôtelier est de rétablir le mouvement touristique en Suisse avant et après la haute saison.

La réduction de prix décidée par la S. S. H. n'a pas été calculée, mais imposée par les circonstances et elle ne donnait aucune garantie d'amener une clientèle plus nombreuse. Il est incompréhensible que l'on combatte maintenant, sous prétexte qu'il n'est pas en mesure de payer encore davantage, un homme offrant, lui, des garanties pour le rétablissement du trafic d'avant et d'arrière-saison, en basant ses offres sur des calculs normaux.

Selon M. Duttweiler, les avantages d'une action commune de la S. S. H. et du Plan hôtelier seraient les suivants:

1. La désunion et les luttes entre Suisses, qui font une impression extraordinairement défavorable surtout à l'étranger, disparaîtraient.

2. Les organes du tourisme, les bureaux des C. F. F. à l'étranger, tout le service de propagande dont dépend dans une très forte mesure l'activité du mouvement touristique, pourraient développer leurs efforts d'après un plan commun ou du moins après s'être concertés.

3. La résistance des agences de voyages étrangères (encouragée surtout, au surplus, par l'attitude surprenante de certains bureaux semi-officiels suisses) ferait place immédiatement à de sérieuses réflexions commerciales. Aujourd'hui déjà, diverses représentations de grandes agences de voyages internationales travaillent avec le Plan hôtelier.

4. Une action commune en ce qui concerne la réduction des prix de revient pour l'hôtellerie considérée comme industrie d'exportation permettrait d'attendre le succès avec beaucoup plus de certitude.

5. La solution du problème de la benzine (benzine à bon marché pour les voitures étrangères), qui aujourd'hui déjà se montre sous un jour favorable, pourrait être trouvée en commun plus facilement.

6. Les pourparlers en vue d'obtenir des adoucissements aux tarifs de fourniture d'électricité et d'eau seraient conduits avec succès à bonne fin.

7. Les questions relatives au mouvement touristique, extraordinairement importantes, ainsi que les questions relatives au recrutement de la clientèle comme aux abonnements généraux

régionaux recevraient également une solution définitive.

8. Avant tout, l'union de tous les milieux intéressés permettrait de déclencher un mouvement national. Si tel n'est pas le cas, la considération de l'organisation hôtelière dans l'opinion publique tombera encore davantage, car la preuve serait faite que l'on ne peut pas ouvrir la voie à un meilleur avenir économique sans passer outre aux tarifs et aux règlements des associations professionnelles. Il en résulterait pour le peuple la nécessité de participer plus activement au sort de l'économie publique sur un autre terrain et de donner la préférence aux entreprises qui veulent travailler en commun avec les consommateurs et en dehors des organisations. Pour les autorités, le fait serait donné que la politique économique actuelle des organisations doit être abandonnée et qu'il faut inaugurer sur une base plus large le concours de l'opinion publique, en s'entourant des conseils de personnalités au courant des problèmes économiques, si l'on veut qu'à l'avenir le peuple suive son gouvernement.

Pour répondre à l'idée défendue avec tant d'opiniâtreté de baser l'action du Plan hôtelier sur les tarifs réglementaires existants, je présente ci-dessous une

Proposition éventuelle.

L'Hôtelplan s'engage à observer le tarif minimum de la Société suisse des hôteliers avec déduction des rabais déjà prévus, plus un rabais spécial encore à convenir. Ce rabais spécial est motivé par le fait que l'Hôtelplan fournit aussi régulièrement que possible de la clientèle aux hôtels qui concluent un contrat avec lui, contrairement aux « parties », qui ne séjournent chacune dans un hôtel que pour un temps bref déterminé, de sorte que l'on n'a pas la moindre garantie d'une occupation continue. La condition préalable en faveur des hôtels est d'obtenir une occupation moyenne de 50%, autrement ils seraient en droit de dénoncer le contrat.

Par là, les membres de la S. S. H. jouiraient automatiquement de tous les avantages créés par l'Hôtelplan en ce qui concerne les entreprises de transport (chemins de fer, lignes de montagne, bateaux à vapeur), les établissements de distraction comme les kursaals, etc. Ils obtiendraient les mêmes conditions que celles qui sont assurées à l'Hôtelplan.

Dans ce cas, il ne serait prévu aucune garantie de non-occupation, à laquelle du reste la S. S. H. n'a jamais attaché une importance particulière.

La réponse de la Société suisse des hôteliers.

Cette réponse a été communiquée le 20 juin à l'Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail. Elle relevait d'abord les inexactitudes regrettables de la lettre de M. Duttweiler. La S. S. H. se réserve expressément de revenir ultérieurement, suivant l'issue des pourparlers, sur celles de ces inexactitudes qui ne sont pas déjà corrigées dans sa lettre.

En ce qui concerne les critiques de M. Duttweiler sur l'attitude de la S. S. H., celle-ci écrit:

Nous soulignons et nous faisons ressortir une fois de plus que M. Duttweiler a créé lui-même, et sans l'intervention de la Société suisse des hôteliers, la situation où il se trouve actuellement. Bien qu'il ait agi avec trop de précipitation, nous avons prêtés la main de notre côté à toute une série de conférences pour l'engager à tenir compte des circonstances présentes et avant tout des prix pratiqués dans l'hôtellerie. Nous lui avons demandé d'organiser son action sur les bases économiques existant jusqu'à présent dans l'hôtellerie. M. Duttweiler s'y est toujours refusé et a maintenu avec opiniâtreté ses propres propositions, sans consentir à les modifier.

M. Duttweiler prétend que l'attitude « destructive » de notre Société a nui à son action et l'empêche d'assumer encore les garanties primitivement acceptées en cas d'occupation inférieure à ses promesses. Nous repoussons ce reproche. S'il est en difficulté, il ne doit s'en prendre qu'à lui-même. Nous lui avons toujours déclaré, d'après nos propres expériences, qu'il lui serait impossible de trouver le trafic supplémentaire envisagé et qu'il voulait chercher dans une espèce de mouvement populaire, pour assainir l'hôtellerie sans le secours de la Confédération. Nos prévisions se sont pleinement réalisées. Mais non seulement l'action Duttweiler ne nous est d'aucune

utilité; elle nous porte un préjudice matériel extraordinaire et difficile à évaluer.

D'après les informations que nous avons reçues de tous côtés, M. Duttweiler, en organisant ses voyages collectifs, ne fait que détourner les anciens courants touristiques vers d'autres régions et d'autres établissements. Par exemple, la clientèle qui visite habituellement la Suisse centrale se rend au Tessin pour bénéficier des prix de gâchage du Plan hôtelier. Avec sa puissante et coûteuse publicité et ses bas prix, M. Duttweiler réussit naturellement à attirer une certaine catégorie de voyageurs, mais il le fait au détriment des places et des hôtels où ces voyageurs passaient auparavant leurs vacances. Le résultat est que dans les régions menacées on se prépare à appliquer des tarifs de combat, qui porteront à l'hôtellerie encore un nouveau préjudice.

La S. S. H. demande à l'Office fédéral d'intervenir pour mettre fin le plus tôt possible à cet état de choses si nuisible à l'industrie hôtelière, autrement, au lieu de l'assainissement promis par M. Duttweiler, les ruines se multiplieront et de graves difficultés surgiront pour l'application des mesures sociales récemment décrétées.

M. Duttweiler ne doit pas s'étonner que son action, qui ne tient aucun compte de tant d'intérêts légitimes, soit désapprouvée par la presse. Etant donné les faits qui se produisent, il ne peut pourtant pas s'attendre à une intervention de notre part en sa faveur, d'autant plus qu'il nous a déclaré vouloir exécuter son plan même sans nous et contre nous. Les pourparlers n'étant pas terminés, la S. S. H. a toujours observé dans ses publications la plus grande réserve, malgré les demandes qui nous étaient faites d'agir énergiquement sur l'opinion publique.

Tout le litige roule en somme sur la question des prix. Contrairement aux assertions de M. Duttweiler relatives à la politique économique des organisations professionnelles, nous pouvons affirmer que l'entente conclue librement entre les membres de la Société suisse des hôteliers au sujet des tarifs minima se révèle, aujourd'hui comme auparavant, comme l'arme la meilleure contre la concurrence déloyale. M. Duttweiler prétend que ces minima n'ont pas même été calculés, mais il reconnaît ailleurs qu'ils sont trop faibles pour assurer le rendement des affaires, ce qui ne l'empêche pas d'offrir lui-même des prix encore inférieurs de 20 à 30%.

Jusqu'à présent, poursuit la réponse, la Société suisse des hôteliers, avec la pleine approbation de ses organes compétents, l'Assemblée des délégués et la Conférence des présidents, a maintenu fermement que nous pouvons discuter avec M. Duttweiler seulement sur la base de ces prix minima déjà faibles et des rabais prévus dans le règlement. Une étude de nos prix minima a été faite par la Commission paritaire. Elle a conclu qu'ils sont trop bas et qu'en tout cas des garanties appropriées sont indispensables si ces prix doivent être réduits encore davantage. M. Duttweiler a accepté ces tarifs et ces garanties. Cependant il se déclare aujourd'hui disposé encore à appliquer ces bas prix, mais en n'assumant plus que la moitié des garanties primitives. Nous ne pouvons évidemment pas accepter cette manière d'agir. Avec l'abandon des garanties, il ne saurait plus être question des prix calculés par la Commission paritaire.

Dans sa « Proposition éventuelle », après des semaines de pourparlers, M. Duttweiler doit enfin reconnaître que s'il veut réaliser son action sur une base plus large, il ne peut fonder ses calculs que sur nos prix minima. C'est un fait que tous les tarifs inférieurs signifieraient la ruine de l'hôtellerie. On ne pourrait les accepter que si M. Duttweiler parvenait à procurer la proportion d'occupation qu'il faisait envisager au début et que s'il assumait des garanties proportionnelles pour une moindre occupation. Mais lui-même doit abandonner la garantie primitive d'une occupation de 85% pour réduire son offre à une occupation de 50%. Il faudrait étudier encore ce que l'on entend réellement par cette occupation de 50%, car elle doit être considérée, dans les circonstances présentes, comme une proportion très élevée.

Nous sommes tout disposés à nous entendre sur cette base avec M. Duttweiler. Nous soulignons comme auparavant que si M. Duttweiler amène effectivement un trafic continu, nous voulons lui accorder aussi les rabais spéciaux prévus pour les voyages collectifs, rabais que nous n'accordons que dans des occasions particulières et avec des conditions correspondantes pour les menus, etc. Le rabais spécial que nous offrons à M. Duttweiler est de 10 à 15 % sur les prix minima de pension. Ceci constitue une diminution si importante de nos minima qu'elle peut être

compensée seulement par une forte augmentation des chiffres d'affaires. La Direction de l'Office fédéral, qui connaît la situation de l'hôtellerie, conviendra elle-même qu'un rabais de 10 à 15% représente aujourd'hui l'extrême limite des concessions possibles de la part de l'hôtellerie. Pour accorder des réductions plus fortes, il faudrait restreindre les prestations des hôtels dans de proportions qui mettraient en grave danger la bonne renommée de l'hôtellerie suisse.

Les prix accordés actuellement aux parties (voyages collectifs) sont considérablement plus élevés que ceux que nous offrons à M. Duttweiler.

Il nous serait totalement impossible d'accorder en outre à M. Duttweiler un rabais supplémentaire particulier à son entreprise. De même qu'il ne peut revendiquer un tarif spécial des entreprises de transport pour la clientèle du Plan hôtelier, mais doit accepter un tarif que d'autres entreprises peuvent réclamer dans les mêmes conditions, de même nous ne pouvons lui consentir que les tarifs applicables à d'autres organisations de voyages.

En terminant, la S. S. H. exprime l'espoir qu'une entente sera encore possible et demande à l'Office fédéral de s'employer à sa réalisation dans le plus bref délai. D'une manière ou d'une autre, la situation doit être définitivement éclaircie.

* * *

M. G. Duttweiler a parlé à la radio, le 3 juillet, de son Plan hôtelier. La S.S.H. a protesté à ce sujet auprès de la Société suisse d'émissions radiophoniques, estimant surprenant que l'occasion ait été donnée à la Coopérative Hôtelplan de faire ainsi à la radio, neutre en principe, de la propagande partielle pour ses affaires avec les hôtels. La société a répondu que le programme des émissions étant déjà imprimé elle n'y pouvait plus rien changer. La S.S.H. a alors immédiatement demandé de pouvoir elle-même donner une conférence explicative. Celle-ci sera faite au studio de Bâle, le 10 juillet, à partir de 19 h. 10, par M. le Dr Riesen.

L'avenir de notre économie nationale

En théorie: adaptation!

En pratique: nouveaux renchérissements!

D'après un rapport officiel, les économies prévues dans le premier programme financier fédéral auraient été réalisées. On avait prévu dans le budget pour l'année dernière

40,6 millions d'économies et on en aurait fait pour 40,1 millions. Seulement, dans ce dernier chiffre est comprise la recette du tabac, attribuée auparavant au fonds des assurances sociales et qui revenait pour la première fois à la caisse fédérale. Il ne s'agit donc pas d'une «économie». Les économies n'ont atteint en réalité que 22 millions. C'est déjà quelque chose, mais ce n'est pas suffisant en présence d'un prochain déficit de 100 millions, sans compter les pertes de nos chemins de fer nationalisés.

Pour se rapprocher de l'équilibre budgétaire, on aurait dû de toute évidence imiter les personnes et les entreprises privées qui règlent leurs dépenses d'après le montant de leurs recettes, puisqu'elles ne peuvent pas faire autrement sans s'exposer aux poursuites et à la faillite. La Confédération, sans se préoccuper de savoir si le fardeau fiscal n'est pas déjà beaucoup trop lourd, veut plus commodément faire monter ses recettes au niveau de ses dépenses.

Une fois de plus, on a recouru à l'impôt indirect, aux recettes des douanes. Pour qu'un rendement appréciable des nouvelles taxes soit mieux assuré (on en demande 30 millions), on a frappé deux articles de première nécessité, deux articles dont la masse ne peut plus se passer: le sucre et la benzine. La constitution prévoit que les objets nécessaires à la vie seront taxés en douane aussi bas que possible, mais cette pauvre constitution fédérale est devenue une très vieille personne que l'on n'écoute plus guère quand elle parle d'économies.

Le sucre coûte à la frontière 16 centimes le kilogramme; on nous le fera payer 38 centimes. C'est une augmentation annuelle de dépenses de 12 à 20 francs et plus par ménage, alors que de tous côtés on est déjà forcé de se restreindre. Pour compenser ce montant, il faut par exemple se priver de l'abonnement à un journal qui apportait chaque jour un moment de délassement, ou bien d'un paquet de tabac par semaine. Est-ce que ces privations sont insignifiantes comme on cherche à nous le faire croire? Il ne faut pas perdre de vue que ces renchérissements sont combinés avec des majorations d'impôts cantonaux et communaux et avec des réductions de traitements et de salaires.

Pour les hôtels, gros consommateurs de sucre, ce nouveau renchérissement sera très sensible.

Quant à la benzine, son prix a passé brusquement, le 28 juin au matin, de 36 à 42 centimes le litre.

Les bureaux fédéraux nous déclarent le plus sérieusement du monde que nous devons nous estimer heureux, car le sucre et la benzine restent meilleur marché en Suisse que dans plusieurs pays étrangers. Ils se gardent bien de mentionner que les prix d'autres articles d'usage courant demeurent beaucoup plus élevés chez nous qu'au dehors, par suite de mesures purement artificielles. Le fait brutal est là: la vie est plus chère en Suisse qu'ailleurs. L'argument des bureaux n'en est pas un. En ce qui concerne la benzine spécialement, on s'est bien gardé de préciser qu'en France, par exemple, l'impôt est compris dans le prix du carburant, tandis qu'en Suisse les automobilistes et les transporteurs ne savent que trop combien le fisc prélève sur l'usage de leurs voitures et de leurs camions.

Pour atténuer l'effet du renchérissement de la benzine sur le mouvement touristique, on a imaginé de remettre à l'automobiliste étranger, au passage de la frontière, une carte où il fera inscrire ses achats de benzine en Suisse. A son retour, la douane lui remboursera les droits supplémentaires. On voit d'ici le résultat de cette trouvaille bureaucratique. La solution italienne a décidément une tout autre valeur de propagande.

Mais les automobilistes suisses? Ne comptent-ils pour rien dans le tourisme? Ne sait-on rien à Berne du mécontentement provoqué par le rabais sur les taxes ferroviaires en faveur des étrangers? Si nos automobilistes vont désormais dépenser leur argent suisse dans des pays voisins où on leur accorde des faveurs spéciales, est-ce que cela n'a aucune importance pour notre hôtellerie et les branches qui en dépendent, pour notre balance des paiements, pour notre économie nationale en général?

Le renchérissement du sucre et de la benzine, avons-nous dit, ne rapportera que 30 millions, et le trou, ou plutôt le gouffre à boucher en réclame une centaine au moins.


Que va-t-on faire? Des économies? Peut-être! Mais en tout cas on donnera un tour de vis à la loi sur le timbre et les coupons. On se dispose à relever le droit d'entrée sur les céréales étrangères, ce qui, la marge de la meunerie et de la boulangerie étant déjà très restreinte, provoquera inévitablement un renchérissement du prix du pain. Et l'on songe aussi, paraît-il, à une majoration de la contribution de crise sur les fortunes. Enfin, il y a dans certains tiroirs des ébauches d'un impôt fédéral sur les successions et on saura les retrouver au bon moment. L'Etat ne se contente pas d'empêcher l'épargne qui fait la force du pays. Si quelqu'un est encore assez naïf pour se priver même du nécessaire afin d'épargner quand même, l'Etat veut sa part du produit de ces privations, alors qu'il soutient de ses deniers des imprévoyants qui ont tout dépensé au fur et à mesure. Des cantons le font déjà; le fisc fédéral est jaloux de cette prérogative.

En 1938, nous dit-on, on nous dotera d'un plan d'ensemble définitif d'assainissement des finances de la Confédération. Les taxes extraordinaires actuelles seront transformées en impôts constitutionnels, légaux et permanents. Nous saurons au moins à quoi nous en tenir. L'adaptation se fera donc à rebours et nous serons plus que jamais une île de vie chère.

Mais que va devenir notre économie nationale sous ce régime d'aggravations constantes des charges fiscales directes et indirectes? Que va devenir notre franc si la fortune nationale s'écroule? La consommation, déjà réduite dans des proportions inquiétantes, reculera forcément encore. Le commerce et l'industrie travaillant pour le pays verront se réduire progressivement le volume de leurs affaires. L'exportation achèvera de mourir, ses prix de revient ne pouvant être diminués. Quant au tourisme, il prospérera... chez nos concurrents!... Où allons-nous? Mg.

FAVORISEZ...

de vos commandes les maisons faisant de la publicité dans la Revue Suisse des Hôtels



Lacroix
Tortue claire véritable
Real Turtle Soup
EUGEN LACROIX & CO. AG.
FRANKFURT A. MAIN
SCHWEIZERLAND

Zu beziehen durch die Schweizer Comestibles-Geschäfte

Feinster Dosensaftschinken

Ovale Form	6-7½ kg
Runde Form	7-8 kg
Ovale Press-Schinken	3-4 kg
Restaurationschinken	2½-3 kg

(rechedig) am vorzählfesten vom Fachmann

J. GATTIKER, FLEISCHKONSERVEN RICHTERSWIL
Telephon 22 Bitte Spezial-Offerte einholen

Wenn der Direktor des Hotels



den guten Eindruck seiner Gäste sichern will, serviert er als Zutaten nur das Beste

Die original und einzig echte

Englische Worcestershire Sauce
stammt von

LEA & PERRINS

Aus BRUNNEN'S Quellen...
Kommen die feinsten FORELLEN!



Exakte Grössen u. zuverlässigste Bedienung

A. GROPP & CO. A.-G., BRUNNEN
Telephon 80 Telegramm-Adr.: Forellenzucht

HOTEL'S
Jahres- u. Saisonschäfte

die führende, seit über 25 Jahren bestehende Spezial- und Vertrauens-Firma

G. Kuhn, Zürich Hotel-Immobilien
56 Bahnhofstrasse 56

Feinste Referenzen Strengste Diskretion

irrigateure
bruchbänder, gummistoffe, gummidouchen und alle übrigen sanitätsartikel — neue preisliste 10 mit Gutschein gratis, verschl.

Sanitätsgeschäft
P. HÜBSCHER, ZÜRICH
Seefeldstr. 4 (Falkenschloss)

Ritz ZWIEBACK
Frühstücks - Packung 6 Cts.

Waschmaschine „Geysir“

die vorzügliche Maschine



für kleinere u. mittlere Betriebe

Kienast & Lange A.G., Zürich 8
Seefeldstrasse 16 Telephon 44.754

Hotelpacht

Das Hotel Sonnenberg in Zürich 7 (50 Betten) nebst Restaurant mit grossem Wirtschaftsgarten, ist auf den 1. Oktober 1935, eventl. später, neu zu verpachten. Mietzinsangebote von gut ausgewiesenen Bawerbern sind bis zum 20. Juli 1935 dem Finanzvorstand der Stadt Zürich einzureichen.

Nähere Auskunft erteilt die Liegenschaftsverwaltung der Stadt Zürich, Münsterhof 3, Bureau 1.

Zürich, 25. Juni 1935.

Liegenschaftsverwaltung der Stadt Zürich Münsterhof 3.

GRÖSSTE VORTEILE

bieten unsere sanitären Apparate aus ROSTFREIEM CHROMSTAHL

durch Wasserreinsparung. Keine Unterhaltungskosten. Keine Reparaturkosten. Höchste Qualität. Geringe Anschaffungskosten.



Schwimmer mit Geruchsdämpfer
Regulierung Chromstahl
Armierung

Sperrspülung
Tafelspülung 10-18 Liter
Chromstahl

Papierhalter aus Chromstahl

Anschlussbild.

Sitz in allen Variationen

Körper in allen Typen

Rohrreparatur Chromstahl

Charrier aus massivem Chromstahl

Rohrverbind. Chromstahl

SEZ 2 517

Verlangen Sie Offerte.

STÖCKLI & ERB KÖSNACHT-Zoh „SEZ“
Spezialfabrik sanitärer Apparate aus ROSTFREIEM CHROMSTAHL

Spültische, Spülmaschinen etc.
Bäder Toiletten, Closet usw.

Wir desinfizieren und vertilgen überall, WANZEN KÄFER, MOTTEN MÄUSE etc.

Grösste Spezialfirma der Schweiz

DESINFECTA AG.
Zürich Tel. 32.330
Lévanstrasse 22
Bern, Telephon 24.527
Seilerstrasse 25
Lausanne, Tel. 34.578
Av. de Cour 58

Schaffhauser Jasskarten

en gros für alle Kantone zur 1. Qualität

12 Spiele	Fr. 4.80
36 Spiele	Fr. 14.20
72 Spiele	Fr. 27.00
144 Spiele	Fr. 52.00

plus event. Stempelgebühren

Bridge 12 Spiele	Fr. 12.00
Hombre 12 Spiele	Fr. 6.50
48 Kreiden, lackiert	Fr. 1.80
4 Schiefertafeln	Fr. 2.40
12 Gummischwämme	Fr. 1.50
6 Kreidhalter	Fr. 4.00
1 Kreidspitzer	Fr. 1.20
1 Jassspiegel, Fr. 9.00	Fr. 12.00
10 Pokervürfel	Fr. 3.50
12 Billardkreiden	Fr. 1.40
1000 byz. Trinkhalme	Fr. 7.00
1000 Zahntoiletten	Fr. 2.40
500 Menukarten	Fr. 10.00
1000 Eintrichtschlüssel	Fr. 3.00
500 Tanzkontrollen	Fr. 10.00

Aug. Neuhaus, Biel
Brüggstrasse 2 — Telephon 45.56
Nur gegen Nachnahme
Von 50 Spielen an portofrei

Wählen Sie den Zentralheizungs-Herd „STRAUB“



Ed. Straub, Sulgen
Zentralheizungs- und Kochherdfabrik
Telephon 3 1a Referenzen

Insertieren bringt Erfolg!

Union suisse des arts et métiers

L'Union suisse des arts et métiers, dont fait partie la Société suisse des hôteliers, a tenu ses assises annuelles les 22 et 23 juin à Bâle. L'imposante assemblée ne comptait pas moins de 400 délégués de toutes les parties du pays. Elle était honorée de la présence de M. le conseiller fédéral Obrecht et de quinze membres de gouvernements cantonaux. Les débats étaient dirigés par le président central, M. le conseiller national Schirmer.

Le samedi 22 juin après midi, après avoir liquidé les tractanda statutaires habituels, les congressistes abordèrent les grands problèmes à l'ordre du jour: mesures pour lutter contre la crise, organisation d'un nouvel ordre économique, révision partielle de la constitution fédérale. Les résolutions suivantes furent adoptées en ce qui concerne les

Mesures pour lutter contre la crise.

- 1) « L'Union suisse des arts et métiers compte sur l'adoption très prochaine par les Chambres de la loi fédérale sur la concurrence déloyale.
- 2) Elle constate toutefois que cette loi ne marquera pas l'aboutissement des revendications des arts et métiers concernant la protection des exploitations artisanales. Il reste encore, en effet,
 - a) à introduire les certificats de capacité professionnelle, de capacité financière et de bonnes mœurs comme conditions préalables d'une reprise ou de l'ouverture d'une exploitation;
 - b) à donner une base légale aux adjudications publiques;
 - c) à restreindre les exploitations en régie;
 - d) à interdire les occupations accessoires lucratives de tous les fonctionnaires publics;
- 3) L'Union suisse des arts et métiers demande la prorogation de l'arrêté fédéral du 14 octobre 1933 comme mesure de protection du commerce de détail.
- 4) Elle se déclare d'accord sur le projet d'arrêté fédéral sur le contrôle des prix, tout en désirant voir ce contrôle étendu également au gâchage.
- 5) Elle espère que le projet d'arrêté fédéral sur la protection de notre économie nationale tiendra compte dans une large mesure des revendications de la classe moyenne de l'artisanat et du commerce de détail. Elle invite également le Département fédéral des postes et chemins de fer à appliquer une politique de tarifs et de taxes qui tienne compte, en premier lieu, des besoins du travail et, en outre, à renoncer aux courses extraordinaires de cars postaux à travers le pays.
- 6) Le maintien d'une classe moyenne laborieuse est une nécessité d'ordre national, politique et social. Toute mesure tendant à la protéger est un acte patriotique. L'Union suisse des arts et métiers espère que le Conseil fédéral fera tout son possible pour permettre aux arts et métiers de surmonter les graves difficultés de l'heure présente par leurs propres moyens et qu'il ne leur

refusera pas son appui dans leur lutte pour l'existence. »

Les résolutions ci-dessous furent votées au sujet de la

Revision partielle de la constitution.

- 1) L'Union suisse des arts et métiers prend acte de l'initiative lancée par la « Nouvelle Suisse » au sujet de la révision des art. 31, 34 et 105 bis de la Constitution fédérale, tout en soulignant qu'elle n'a participé d'aucune façon à l'élaboration de ce texte, qui n'engage dès lors pas sa responsabilité.
- 2) Toutefois, comme cette initiative constitutionnelle soulève des questions qui, depuis de longues années déjà, figurent au premier rang de ses travaux, l'Union suisse des arts et métiers croit devoir engager ses membres à lui donner leur appui.
- 3) L'Union suisse des arts et métiers se réserve expressément le droit, lors de la discussion du texte de cette initiative aux Chambres fédérales, de présenter tous les amendements qui lui paraîtront opportuns.
- 4) Parallèlement aux travaux relatifs à la révision de la Constitution fédérale, il importe de prendre sans tarder des mesures efficaces pour combattre la crise économique et ses effets. Conformément à ses propositions antérieures, l'Union suisse des arts et métiers compte que le Conseil fédéral et les Chambres élaboreront très prochainement un programme général de lutte contre la crise.

Au cours de la séance de la matinée de dimanche on entendit des rapports des deux secrétaires de l'Union, M. H. Galeazzi, avocat, et M. le Dr Jaccard, sur la création d'une Association artisanale de cautionnement mutuel. Six cantons possèdent déjà des institutions de ce genre et d'autres sont en voie de formation dans les cantons de Neuchâtel, Vaud et Genève. L'assemblée autorisa le comité central à préparer l'organisation d'une association centrale de cautionnement mutuel.

M. le conseiller d'Etat Gustave Wenk souhaita ensuite la bienvenue aux congressistes au nom du gouvernement bâlois. L'orateur souligna les avantages des organisations professionnelles et de l'entente entre patrons et ouvriers. Il se plaignit discrètement de la trop grande affluence à Bâle de main-d'œuvre des autres cantons. M. le conseiller national Schirmer recommanda avec amour au gouvernement socialiste de Bâle de développer encore sa législation sociale et d'augmenter ses prestations en faveur de la classe ouvrière. La cité du Rhin serait certaine alors de voir accourir dans ses murs des travailleurs confédérés en nombre bien plus considérable encore!

En ce qui concerne l'organisation d'un

Nouvel ordre économique professionnel,

le congrès vota les résolutions suivantes:

« En matière de réorganisation économique, l'assemblée des délégués de l'Union suisse des arts et métiers adopte, dans l'état actuel de l'évolution, les directives suivantes:

- 1) L'Union suisse des arts et métiers est d'avis que tous les bouleversements consécutifs

à la guerre mondiale rendent absolument nécessaire l'instauration dans notre pays d'un nouvel ordre économique et social.

2) Elle estime que ce nouvel ordre économique et social doit reposer sur la profession organisée, soit sur les associations professionnelles des employeurs et des ouvriers, des producteurs, des consommateurs et des carrières libérales.

3) A cette fin, la liberté d'association doit être garantie; il conviendra par ailleurs d'établir des règles déterminées au sujet de la reconnaissance légale des associations et des conditions dans lesquelles s'exprime leur volonté.

4) Pour accomplir leurs multiples tâches d'ordre économique et social, toutes les associations d'une même branche d'activité doivent avoir la possibilité de former des communautés professionnelles.

5) Cette nouvelle organisation pourra être créée aussi bien sur le plan régional et cantonal que sur le plan national. Il appartiendra ensuite au gouvernement compétent de déclarer obligatoire les décisions des communautés professionnelles ou les accords conclus entre associations lorsque ceux-ci répondent à un besoin manifeste et ne lésent pas les intérêts légitimes de l'ensemble de la population.

6) Il conviendra d'autre part d'établir des règles déterminées au sujet des conditions dans lesquelles ces décisions ou accords peuvent être déclarés obligatoires ainsi qu'au sujet de la prévention des abus et du droit de recours.

7) Le Conseil fédéral pourra s'opposer à ce que des décisions ou accords soient déclarés obligatoires sur le plan régional ou cantonal.

8) Un Conseil économique, dont les membres auront été proposés par les associations économiques, sera chargé, comme organe suprême, de donner son préavis sur les problèmes économiques et sociaux, et notamment d'examiner les décisions et accords avant qu'ils soient déclarés obligatoires.

9) Les communautés professionnelles et les associations qui les constituent réuniront elles-mêmes les moyens financiers nécessaires à l'accomplissement de leurs tâches économiques et sociales; elles auront le droit, dans des conditions déterminées, de prélever à cette fin des cotisations auprès de tous les intéressés, même non affiliés.

Dans son discours, M. le conseiller fédéral Obrecht déclara entre autres qu'il espérait voir les Chambres, dans leur session de septembre, adopter l'arrêté sur la concurrence déloyale, ce qui serait une première mesure en faveur des arts et métiers. Il est d'avis que le contrôle des prix ne doit pas seulement empêcher de les surfaire, mais aussi de les gâcher. Le projet d'organisation d'une Association centrale de coopératives de cautionnement mutuel dans l'artisanat mérite l'appui de la Confédération. Le Conseil fédéral, et le Département fédéral de l'économie publique en particulier, éprouvent un vif désir de venir en aide à l'artisanat dans sa lutte pour l'existence.

M. Rosselet (Vaud), démissionnaire, a été remplacé au comité de l'Union par M. A. Schmid, secrétaire de l'Association des détaillants de Lausanne. Le prochain congrès aura lieu à Zurich.

L'activité de l'hôtellerie en mai 1935

Pour sa statistique sur le degré d'occupation dans l'hôtellerie en mai 1935, l'Office fédéral du travail a recueilli les données de 1360 entreprises, avec un peu plus de 90.000 lits, dont 842 entreprises, avec 46.830 lits, étaient en exploitation au milieu de mai, et 882, avec 50.415 lits, étaient ouvertes à la fin du mois.

L'occupation moyenne était de 23,3% au 15 mai et de 19,7% à fin mai. Depuis l'ouverture de cette statistique, les pourcentages d'occupation moyenne ont été les suivants au 15 et au 31 mai:

1930	35,5	37,6
1931	32,2	32,4
1932	26,0	23,9
1933	25,7	23,2
1934	23,1	22,2
1935	23,3	19,7

On constate qu'à part une très légère augmentation au milieu de mai 1935, la baisse des pourcentages d'occupation a été constante, d'année en année, depuis 1930.

Au milieu de mai 1935, les cantons de Lucerne et de Vaud n'atteignent pas les chiffres d'occupation de mai 1934. Par contre, ces derniers chiffres étaient dépassés sensiblement dans les cantons du Valais et de Berne, légèrement dans les cantons du Tessin et des Grisons. — A la fin du mois, le Tessin était seul à accuser encore une augmentation sur l'année précédente. A cette date, le recul était le plus fort dans le canton de Berne.

Dans les grandes villes, le degré d'occupation moyenne a été légèrement meilleur au milieu de mai, mais sensiblement inférieur à la fin du mois. Les autres centres urbains se sont maintenus à peu près au niveau de mai 1934.

En ce qui concerne l'altitude, l'affluence de clientèle a été quelque peu meilleure au milieu de mai, comparativement à l'année passée, dans les stations élevées, plus légèrement dans les stations basses, sensiblement inférieure dans les stations d'altitude moyenne. A la fin du mois, les résultats étaient inférieurs à toutes les altitudes, surtout à l'altitude moyenne.

A la mi-mai, les petites entreprises et celles des catégories inférieures travaillaient moins bien que l'an dernier à pareille date, tandis que les grandes entreprises et celles des catégories supérieures amélioraient leurs résultats. A fin mai, le recul du trafic touristique s'étendait à toutes les catégories d'établissements, surtout aux petites entreprises des catégories inférieures.

La clientèle suisse était de 4% plus nombreuse que l'année précédente à la mi-mai et la clientèle étrangère faisait enregistrer un recul de 2%. A la fin du mois, le recul était de 22% pour



WHITE HORSE WHISKY

AGENCE GÉNÉRALE POUR LA SUISSE: BERGER & Co. LANGNAU (BERNE)

Kochfett Kraft
15% Butterhaltig

AKT.GES. STÜSSY & Co ZÜRICH

Reklame-Zindhölzer
Offerte von
Zündholzfabrik Düringen

Prima Existenz Zu verkaufen
in verkehrsreicher Ortschaft des Ks. Freiburg (deutschsprachiger Teil) weit und breit bekannter
Gasthof (Restaurant)
mit geräumigen Lokalen, 9 Gastzimmern, neuzeitl. Küche etc. Neure Gebühlichkeiten. Verkaufspreis sehr vorteilhaft. Speziell geeignet für kathol. Käufer.
Anfragen erbeten unter Chiffre R. G. 2705 an die Schweizer Hotel-Revue, Basel 2.

Günstige Gelegenheit!
Familienverhältnisse halber per sofort zu verkaufen
in vollem Betrieb, an italien. See gelegen. Vollständig möbl. und gut besetztes Haus. Warenvorräte und Uebernahme, alles inbegriffen, Litres 110.000.—. Steht in ausgezeichnetem Ruf. Pächter schweiz. Nationalität.
— Offerten unter Chiffre N. R. 2708 an die Schweizer Hotel-Revue, Basel 2.

In Schweizer Grenzstadt
Reisenden-Hotel
mit Restaurant, Konferenzsälen etc. günstig zu verkaufen.
Anfragen unter Chiffre G 5483 Q an Publicitas Zürich.

Gratis
und diskret versenden wir unsere Prospekte über hygienische und sanitäre Artikel. — Gef. 30 Rp. für Versandspesen bitten wir Casa Dara, 430 Rive, Genf

HOTEL
mit Restaurant und Terrasse, 30 B., trotz Kränis gut frequentiertes Geschäft, in Lage an erdige. Winter-Sommer kurzort des Berner Oberlandes, mit Zentralheizung, und fließendem Wasser **sehr günstig zu verkaufen.**
Anzahlung Fr. 30.000.—, Kaufpreis Fr. 130.000.—, Offert. unter Chiffre B. O. 2690 an die Schweizer Hotel-Revue, Basel 2.

Glänzende Existenz im Tessin
Krankheits halber per sofort **zu verkaufen**
gutgehendes, komfortables **Kurhaus-Pension mit Restaurant**
Jahresgeschäft mit erstklassiger Kundschaft. Objekt liegt an einer der schönsten Lagen am See, ein viel besuchter Ausflugspunkt, mit eigenem Landwirtschaftsbetrieb. Geschäft könnte noch mehr erweitert werden, da Zuspruch genügt. Anzahlung samt Inventar Fr. 40.000. Objekt wird nur an tüchtigen Fachmann verkauft. Offerten unter Chiffre unter Chiffre S. H. 2703 an die Hotel-Revue, Basel 2.

Zu verkaufen
Renaissance-Spiegel

Prachtstück, gut erhalten 1,16 m breit, 2,05 m hoch, geeignet für Empfangsraum, Hotel-Vestibule etc. Preis Fr. 150.— mit passenden Marmorkamin Fr. 175.—, Ganz, Bahnhofstrasse 40, Zürich.

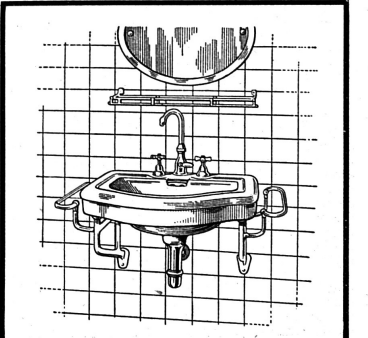
Occasion
6-7 pl. Limousine
Buick in wunderbarem Zustand, mit Rollach, Koffer usw. spottbillig. Offerten unter Chiffre M 8275 Z an Publicitas, Zürich.
Berücksichtigt die Inserenten der Hotel-Revue!



Grüne Salate, Gemüsesalate, Fleischsalate, überhaupt alle Salate, sind viel besser, wenn Sie der Mischung von Essig und Oel ein paar Tropfen von Maggi's Würze beifügen.

MAGGI'S WÜRZE

Inserate lesen erwirkt vorteilhaftern Einkauf!



LAVABO „SIMPLON“
en grès émaillé blanc.
MODÈLE RECOMMANDÉ POUR HOTELS, PENSIONS, ETC.
— Demandez prospectus spécial —
GETAZ, ROMANG, ECOFFEY S.A.
LAUSANNE, VEVEY, GENÈVE
ARTICLES SANITAIRES, ROBINETTERIE POUR BAINS, W.C., ETC. EXPOSITIONS PERMANENTES.

RUSSISCHES BILLARD
das Entdecken eines jeden Spielers. Gratis wird das Billard franco ins Restaurant geliefert, ohne jede Verbindlichkeit.
Billardfabrik P. Brunner - Zürich 8
Eisengasse 3 — Telefon 25.650

Per 1. Oktober, eventl. früher zu vermieten in St. Gallen
Hotel Hirschen
mit bayrischer Bierhalle
Tüchtige, praktisch erfahrene Wirtsleute, die über eigenes Kapital verfügen, sind gebeten, sich zu melden: Vorm. 9—12 Uhr auf der Liegenschafts-Verwaltung der Löwenbräu Zürich A.-G.

les Suisses et de 4% pour les étrangers. La clientèle étrangère représentait le 52,3% du total des hôtels au milieu du mois (15 mai 1934: 53,5) et le 63% à la fin (57,9).

Le nombre des personnes occupées dans l'hôtellerie s'est accru de 7,9% pendant la première quinzaine de mai et de 7% pendant la seconde quinzaine. Le personnel occupé était quelque peu moins nombreux que l'an dernier. Sur 100 lits disponibles, on comptait au milieu du mois 26,5 personnes occupées (26,3) et 26,3 à la fin du mois (26,5). Pour 100 lits occupés, le nombre des personnes travaillant dans l'hôtellerie était de 113,0 à la mi-mai (114) et de 133,3 à la fin du mois (119,14).

A Lugano

Le rapport annuel pour 1934 de la Société des hôteliers de Lugano et environs, élaboré par le président de cette société, M. W. Fassbind, contient des passages qui méritent d'être largement connus.

On s'imaginait que l'année 1933 avait fait atteindre le point culminant de la crise et le point minimum du trafic touristique. Mais l'année 1934 a provoqué de nouvelles déceptions, au Tessin spécialement. Les voyageurs isolés deviennent aujourd'hui l'exception. Quelques grandes maisons qui ont reçu des voyages collectifs comprenant de nombreux participants ont réussi à augmenter un peu le nombre de leurs nuitées; elles sont extrêmement rares. En 1934, l'hôtellerie de la région de Lugano, dans son ensemble, a plutôt fait un pas en arrière.

Le tourisme automobile a pris d'assez fortes proportions durant la saison d'été. Il n'a cependant guère amélioré les chiffres des arrivées et n'a eu de bons résultats que dans certaines entreprises. Cette catégorie de clients, elle aussi, exerce sur les prix une pression écrasante. On a constaté que de nombreux voyageurs, avec chauffeur privé, se rendaient à l'hôtel à l'hôtel et stoppaient enfin là où l'on avait offert les prix les plus bas.

Nos statistiques sont trompeuses. A qui nous sert de savoir que nous avons eu plus d'arrivées que l'année précédente si le nombre des nuitées est très inférieur. Les clients s'habituent de plus en plus à manger en dehors de l'hôtel, de sorte que la statistique des nuitées elle-même n'est pas toujours d'accord avec les recettes journalières.

Nous devons nous accoutumer peu à peu à considérer les temps actuels comme normaux. Il n'est plus comme de temps de crise exceptionnelle. Si les choses vont mieux plus tard, ce sera une époque de meilleures conjonctures, dont rien ne garantira la durée. C'est sur la base de la situation touristique présente qu'il faut s'organiser définitivement.

Ce qui pèse le plus lourdement sur l'hôtellerie, ce sont les exigences sans cesse croissantes du fisc. L'Etat nous demande insatiablement de nouveaux sacrifices. Dernièrement encore on a décrété l'impôt sur les boissons et le plus fédéral sur les repas hebdomadaires. L'impôt sur les boissons est à la charge de l'hôtelier, car il est impossible aujourd'hui d'augmenter les prix réclamés de la clientèle. On nous menace de majorations des droits d'entrée sur le sucre, le café, la benzine, autant de mesures qui nous touchent les premiers en notre qualité de revendeurs. Beaucoup d'automobilistes viennent excursionner en Suisse uniquement parce que la benzine y est meilleur marché que dans leur propre pays, sans en supprimeant cet avantage, on nous enlèvera l'un de nos moyens de propagande les plus efficaces. La loi cantonale tessinoise sur les langues oblige les hôtels à changer toutes leurs enseignes, ce qui exige d'importants sacrifices financiers. L'Etat ne reconnaît pas suffisamment l'importance économique de l'hôtellerie comme une des rares industries d'exportation (exportation à l'intérieur vendant des produits du pays à des étrangers) qui vivent encore. Le montant des patentes, regardées maintenant comme des taxes de concession, est fortement exagéré. Pourquoi l'hôtelier est-il le seul parmi tant de commerçants et de gens de métiers à être frappé de ces taxes, d'autant plus qu'elles sont basées sur les résultats d'années favorables aujourd'hui disparus? L'estimation cadastrale des immeubles hôteliers, faite de temps en temps, est faite à tort et à travers, actuellement avec la valeur réelle et a sur les chiffres des impôts de lourdes repercussions.

Dans d'autres chapitres, le rapport traite des démarches de la Société des hôteliers de Lugano afin d'obtenir des adoucissements des taxes ferroviaires pour les voyages à destination du Tessin, de l'acceptation de la livre sterling à cours fixe l'hiver dernier, de la lutte contre le bruit, de l'activité de la Chambre cantonale de commerce, de la publication d'une liste des étrangers en commun avec Locarno et de la nouvelle loi en matière de séjour. On ne pourra pas se faire une idée exacte de cette dernière innovation avant un certain temps d'expériences pratiques.

Sociétés diverses

L'Association des épiciers suisses a tenu son assemblée ordinaire annuelle les 23 et 24 juin à Montreux sous la présidence de M. Lauri (Argovie), qui est en même temps président de l'Union internationale du commerce de détail de la branche alimentaire. On comptait environ 250 délégués, représentant les 54 sections de l'association. La Fédération française des épiciers, les Chambres de commerce suisse et vaudoises et les autorités locales ont été représentées. — Le président a présenté un rapport répondant aux attaques dont le commerce de détail de l'alimentation a été l'objet. Le contrôle de la Commission fédérale des prix prouve que ces attaques manquent de fondement. Une nouvelle baisse des denrées alimentaires ne peut intervenir que si les prix de revient diminuent aussi. Or les frais généraux, particulièrement le transport, ont augmenté constamment. L'orateur enregistra avec satisfaction les mesures prises par le Conseil fédéral contre les nouveaux grands magasins de détail. Les épiciers ne sont pas enchanés de l'impôt sur les boissons, qui frappe un produit du sol suisse, alors que d'autres produits bénéficient de subventions. Une réaction

s'impose contre les abus du colportage. En ce qui concerne la politique économique générale, l'association demande la prompte révision des articles 31 et 34 de la constitution fédérale, dans le sens d'un ordre dans la liberté du travail et du commerce, au lieu d'une liberté sans ordre. Les compétences des organisations professionnelles devraient être développées. Le rapport présidentiel enregistra aussi le bon fonctionnement de l'Office fiduciaire de l'association, qui s'occupe surtout de la révision de comptabilités par abonnement. La section de Lausanne demanda une intervention énergique contre les sociétés d'achats constituées par les fonctionnaires, MM. Henri Cottier, secrétaire central romand, et Brandenberger, directeur à Olten, parlèrent des transformations subies par le commerce de détail. L'assemblée vota à l'unanimité une résolution déclarant que l'association s'adapte aux exigences commerciales nouvelles et qu'elle espère que les consommateurs se rendront compte eux aussi que les circonstances sont modifiées. — Un banquet a été servi aux Rochers de Naye.

Informations économiques

Faillites et concordats. — Pendant le mois de mai, on a enregistré en Suisse 147 faillites, dont 90 avec procédure régulière et 57 avec procédure sommaire, faute d'actif, et l'on a homologué 38 concordats ordinaires et deux concordats hypothécaires. Pendant les cinq premiers mois de l'année, il s'est produit 393 faillites avec procédure régulière et 151 concordats ordinaires, contre 398 faillites et 153 concordats pendant la période correspondante de l'année précédente, et contre 364 faillites et 145 concordats pendant les cinq premiers mois de 1933.

Pour le cidre doux. — L'Office central de propagande en faveur des produits de l'arboriculture fruitière et de la viticulture suisses a récemment eu l'honneur de publier une plaquette, illustrée en couleurs, pour recommander la consommation du cidre doux. La brochure fait voir dans de jolis dessins comment on apprécie cette boisson au travail, en famille, dans les excursions du dimanche, en course d'école, à l'entraînement sportif et au service militaire. La plaquette, tirée en français à 70.000 exemplaires, sera largement diffusée dans les milieux intéressés et notamment dans ceux du tourisme.

Les salaires et le pain. — En 1913, le salaire moyen des ouvriers du bâtiment était de 64 centimes par heure et de 150 centimes en 1933. En 1913, le kilogramme de pain coûtait 35 centimes et il en coûtait 33 en 1933. En 1913, avec le salaire d'une heure de travail, l'ouvrier maçon pouvait se procurer 1,8 kg. de pain; en 1933, comme maintenant du reste, le salaire d'une heure lui donne 4,5 kg. de pain. Un adulte consommant en moyenne 350 grammes de pain par jour, le maçon, en travaillant une heure, gagnait le pain quotidien de cinq personnes en 1913 et il le gagne celui de 13 personnes à l'époque actuelle.

Les foires de juin, dans la région d'élevage vaudoise-tribourgeoise, ont vu relativement peu de bétail de boucherie, bien que la demande de bonnes et jeunes bêtes ait été plus forte et les prix plus fermes. Les bœufs de boucherie surtout étaient rares. Des génisses grasses premier choix ont atteint le prix de 1 fr. 10 le kg. poids vif. La marchandise moyenne de cette catégorie se traitait à 1 fr. le kg. Les bonnes jeunes vaches grasses coûtent de 100 à 120 francs. Les vaches âgées de 50 à 60 centimes et les «saucisses» de 35 à 50 centimes. Des taureaux ont trouvé preneurs pour 70 à 80 centimes le kg. Les veaux se payaient de 1 fr. 20 à 1 fr. 50 le kg. poids vif. Le marché porcin continue à être défavorable aux éleveurs.

Bétail d'élevage ou de boucherie. — L'exportation du bétail d'élevage accuse pendant les premiers mois de l'année en cours des chiffres réjouissants pour les éleveurs. Durant les cinq premiers mois de l'année, on a pu exporter 8417 pièces de bétail, ce qui constitue une sensible amélioration en comparaison avec les années précédentes. Le résultat de cet état de choses est favorable à nos éleveurs, qui porteront leurs préférences sur l'élevage du bétail de race pour l'exportation et négligeront de plus en plus l'élevage du véritable bétail de boucherie, déjà si peu développé en Suisse et surtout si peu soigné. En même temps nos paysans, qui veulent la frontière ouverte pour leurs exportations, exigent qu'elle soit fermée à l'importation dans le pays de bétail de boucherie étranger convenable, et notamment de bœufs de boucherie, dont cependant l'élevage suisse n'arrive pas à fournir nos marchés. Les statistiques officielles sur la matière sont éloquentes. Actuellement, avec la complicité du commerce du bétail et d'une partie de la boucherie, le consommateur suisse est réduit à se contenter des rebuts de l'élevage.

Nouvelles diverses

De Leysin à Lausanne. — On nous informe que M. Emile Platel, jusqu'à présent directeur du sanatorium Belvédère à Leysin, a été appelé à la direction de la Clinique générale Mont-Riant et Cecil à Lausanne.

Le 21^e Concours hippique international de Lucerne aura lieu du 6 au 14 juillet. Les amateurs du sport hippique et les habitués de la saison élégante de Lucerne pendant l'été prendront intérêt à ce que la plupart des 27 pays invités enverront à ces épreuves des équipes d'officiers avec de nombreux cavaliers et amazones.

Le bureau de douane de Zermatt fonctionne de nouveau depuis le 15 juin et sera ouvert jusqu'au 30 septembre. Pendant cette période, les envois venant de l'étranger à destination de Zermatt (effets de voyage, etc.) peuvent être expédiés directement en transit sur la gare de cette localité. Le bureau est ouvert les jours ouvrables, pendant un quart d'heure environ, à 11 h. 30, 13 h. 20 et 19 h. 10, les dimanches et jours fériés de 11 h. 30 à 11 h. 45.

Une plage à Anney. — Elle a été inaugurée le 16 juin, sous l'égide de l'aménagement, et elle est décidée par le conseil municipal le 10 juin 1933. Elle a été construite par la Société parisienne d'entreprises municipales. Elle est située dans la pittoresque baie d'Albigny. A droite d'une entrée de bel aspect, un bâtiment fort bien compris contient 200 cabines. Une autre élégante construction sert de bar et de restaurant. De nombreux Anglais assistaient avec les personnalités officielles à la cérémonie d'inauguration.

Villars sur Ollon. — La revue *Golf organise* à Villars, du 11 au 15 juillet, avec le concours de la section vaudoise de l'Automobile-Club de Suisse, une Semaine pour automobilistes, dont le programme est consacré avant tout aux spécialités gastronomiques suisses et aux vins suisses. Cette manifestation continuera dignement la partie gastronomique du Congrès de Montreux et de la Foire des vins de Vevey. La présence de S. E. l'ambassadeur de France à Berne, M. le comte Clauzel, confèrera à la Semaine sportive et gastronomique de Villars une distinction particulière.

Cartes postales illustrées. — Le journal *La Métropole* d'Anvers a fait remarquer dernièrement que les cartes-vues sont très chères en Suisse, surtout pour les touristes provenant de pays à monnaie dépréciée, mais qu'au moins pour ce prix on a de magnifiques photographies, mettant pleinement en valeur les sites ravissants de la Suisse. Les cartes suisses et les vignettes suisses des cartes médiocres et mal imprimées. Cela donne dans le monde, en faveur de la Suisse, une propagande touristique intense, payée par les touristes étrangers eux-mêmes. Le journal compare aux cartes suisses les cartes-vues de Belgique, très bon marché, mais qui défigurent lamentablement les plus beaux monuments et paysages. L'étranger les achète et les expédie, donnant ainsi au dehors la plus déplorable vision de la Belgique. Comme conclusion, *La Métropole* recommande vivement aux éditeurs belges de cartes-vues d'imiter l'exemple de leurs collègues suisses, dans l'intérêt de la propagande touristique belge à l'étranger.

Hôtellerie et tourisme en France. — Le Syndicat général de l'industrie hôtelière de Paris, réuni sous la présidence de M. C. Michaut, après avoir entendu un exposé de la situation hôtelière présente, a réclamé un programme d'aide gouvernementale à l'hôtellerie conforme aux principes approuvés par le Conseil national économique. L'assemblée a décidé de demander le vote par les Chambres, dans le plus bref délai, du projet de réorganisation du tourisme remis par le ministre des travaux publics. Aux termes de ce projet, le commissariat général au tourisme doit être organisé avec un caractère essentiellement pratique. Les crédits votés pour le tourisme et gérés par le commissaire général seront contrôlés par le gouvernement en les rattachant désormais à un chapitre spécial du budget. L'Office national du tourisme sera remplacé par un grand-général d'exécution nommé «Centre national d'expansion du tourisme, du thermalisme et du climatisme». Cette institution assurera l'étroite collaboration de l'Etat et de toutes les collectivités, associations, etc. intéressées aux diverses branches touristiques, soit sur le plan national, soit pour la publicité en commun hors de France.

Trafic et Tourisme

Secours routiers du T. C. S. — Pendant le mois de mai, les quinze agents du service de secours routiers du Touring-Club suisse ont dépensé 272 automobiles, 131 motocyclistes et 52 cyclistes. Ils ont fourni les premiers secours à 23 personnes et transporté six blessés à l'hôpital.

Ecoles et cours d'alpinisme. — Afin de permettre aux jeunes amis de la montagne de s'entraîner systématiquement à l'alpinisme sous la direction de spécialistes expérimentés, un certain nombre de stations organisent de nouveaux et étés des cours d'alpinisme. Scheidegg-Eiger-Gletscher, Gletsch-Belvédère et Pontresina auront des écoles complètes d'alpinisme, tandis que des cours seront donnés à Adelboden, Bergün, Davos, Engelberg, Grindelwald, Kandersteg, Klosters, Müren, Pontresina, San Bernardino, Wengen et Zermatt-Riffelalp.

Les aéroports douaniers suisses ont enregistré en mai 1935, sur les lignes régulières enregistre, 2837 vols et les appareils ont transporté 7.110 passagers payants, 38.180 kg. de poste, 48.808 kg. de fret et 82.918 kg. de bagages. Bâle, qui a noté 2407 passagers, est en tête pour toutes les catégories de transport, particulièrement pour le fret et les bagages. Zurich a eu 2.220 passagers, Genève 1.395, Berne 790, Lausanne 281 et St-Gall 28. Lausanne a enregistré plus de poste que Genève et Berne, Genève plus de fret que Zurich et presque autant de bagages.

Tourisme allemand. — La statistique touristique du mois d'avril de 400 villes et stations d'étrangers de l'Allemagne signale une élévation de 2% comparativement au même mois de l'année précédente. Il s'agit surtout des arrivées que les Suisses. Le nombre des visiteurs étrangers à l'Allemagne, pour la plupart des Anglais, des Hollandais et des Américains, s'est accru de 38%. On s'attend à une bonne saison d'été. Le trafic de Pentecôte a été très animé. La seule gare centrale de Munich a enregistré 3279 trains et 632.000 voyageurs. Cela représente une augmentation de 15% sur 1934. Huit mille kilomètres de routes pour automobiles sont actuellement en construction en Allemagne.

A Locarno et Lugano. — Pour le mois de mai dernier, la statistique du tourisme mentionne à Locarno et aux environs (Ascona, Minusio, Muralto et Orselina) 164 hôtels en exploitation avec 3383 lits, 4075 arrivées dont celles de 166 Tessinois, 2472 Suisses d'autres cantons, 1137 étrangers, et 35.017 nuitées, dont 1795 pour les Tessinois, 28.349 pour les Confédérés et 12.863 pour les étrangers. L'occupation moyenne a été de 32,3% (avril 1935: 51,3%). — A Lugano et environs (Castagnola, Massagno et Paradiso), on a compté en mai 146 hôtels ouverts avec 5296 lits, 12.303 arrivées, dont celles de 231 Tessinois, 5529 Suisses d'autres cantons et 6543 étrangers, et 66.980 nuitées,

dont 3569 pour les Tessinois, 25.218 pour les Suisses d'autres cantons et 38.193 pour les étrangers. Occupation moyenne: 40,8% (avril: 59,8).

Sur le Léman. — La question du bac pour automobiles entre Ouchy et Evian est toujours à l'étude à la Compagnie de navigation, mais aucune décision n'a encore été prise. Des marches ont été faites auprès de la municipalité de Lausanne en vue de l'agrandissement du port d'Ouchy, en construisant un port marchand et un môle à l'usage de la petite batellerie. La transformation du bateau *Genève* a donné toute satisfaction du point de vue technique. Le port d'Ouchy a procuré en 1934 le 25,21% des recettes totales de la Compagnie générale de navigation. *Genève* vient ensuite avec 18,21% et Evian est en troisième rang avec 15,43%. Les ports vaudois ont fourni le 50,57% des recettes, les ports genevois le 20,91%, les ports français le 23,70% et les ports valaisans le 4,82%. Le bateau *Vevey* a réalisé 259 jours de marche, le *Lausanne* 233 jours, le *Major Davel* 199, l'*Italie* 185, le *Valais* 182, la *Savoie* 179.

Ce qu'on dit de nous. — Le journal français *Marianne*, disaient dernièrement plusieurs grands organes romands, s'occupe parfois de tourisme, mais il devrait y mettre un peu plus de vérité. Sous l'avertissement: «Touristes, attention!» *Marianne* déclarait il y a quelque temps qu'entre tous les pays du monde la Suisse est le seul qui ne tente rien pour abaisser ses prix. Et *Marianne* de s'étonner que le seul pays qui néglige cet effort soit précisément celui dont le tourisme est l'industrie essentielle. — L'hôtellerie suisse, déclarent les journaux romands précités, a faite cette promesse de vivre en un pays de franc-ort intégral et d'ajuster ses prix aux monnaies dépréciées qu'il l'environne. Car les chiffres sont là. Si vous désirez passer vos vacances dans une modeste pension-famille du plateau de Saint-Paul, vous y serez pour vos 35 francs-Marianne par jour. Mais si vous optez pour Chexbres, le plateau d'en face, un hôtel confortable vous y recevra pour 6 francs-ort par jour. Les touristes qui voyagent, et non pas ceux qui se déplacent seulement jusqu'à un prochain café du Commerce, savent que le préjugé de la Suisse *trop chère*, s'il fut un jour fondé, n'est plus maintenant qu'une fable, croyable seulement par le touriste en chambre, dépité de ne pouvoir aller en Suisse. Mais pour démolir notre tourisme, *Marianne* devrait trouver décidément autre chose sous son bonnet.

Mise en garde

Un couple à surveiller. — On signale d'Interlaken qu'un couple s'étant inscrit dans le bulletin d'arrivée *M. et Mme Jules Deners*, notaire honoraire à Anvers (Belgique), est parti le lendemain après le lunch sans régler sa note. Les deux personnes semblent être à la fin de la saison estivale ou au début de la suivante. Le mari porte une barbe blanche taillée en pointe, des cheveux grisonnants et un complet de couleur sombre. La femme est de teint brun; elle porte un tricot-blouse gris et une jupe sombre. L'une des dents antérieures lui manque. Les deux voyageurs n'avaient pas de bagages; ceux-ci avaient probablement été retenus ailleurs. Prière aux hôtels qui pourraient donner des nouvelles de ces deux personnes de les communiquer à la rédaction de notre journal.

Agences de voyages et de publicité

Currie Lunn Limited, London. — Nous apprenons de Londres que la firme Currie Lunn Limited, 128, Wigmore Street, London W. 1, fondée par M. Currie Lunn après la faillite de sa précédente entreprise Pattie Currie Travel Limited, est entrée en liquidation volontaire et que M. R. B. Pollard a été désigné comme liquidateur. Pour le cas où parmi nos lecteurs se trouveraient encore des créanciers de la firme Currie Lunn Ltd., nous leur recommandons de communiquer immédiatement leurs prétentions à M. Pollard, 128, Wigmore Street, à Londres. Les dettes courantes s'élèvent à environ 400 livres sterling, tandis que l'actif ne comporterait que 150 livres.

L'Iborat Directory Corporation, a New-York, publie un catalogue de journaux américains dont l'abonnement pour quatre années est offert aux hôteliers pour le prix de 25 dollars. Il semble que les amateurs n'aient pas été nombreux, car maintenant la maison d'édition propose le paiement de cette somme en donnant la pension gratuite à son représentant, qui passera à l'hôtel au cours de la prochaine saison. Mais rien ne garantit que ces bons d'hôtels ne seront pas revendus, même avec bénéfice, comme cela se pratique couramment en Amérique. En tout cas, une affaire de ce genre ne nous paraît pas du tout intéressante pour les hôteliers et nous recommandons à nos lecteurs de ne pas tenir compte des offres qu'ils pourraient recevoir.

L'Union des agences de voyages belges adresse un dernier appel aux hôteliers, entrepreneurs de transport et autres créanciers de l'Agence de voyages *François à Bruxelles*, qui n'aurait pas encore déclaré leurs créances, en leur demandant de se faire connaître immédiatement à M. E. Geurts, président de l'Union susdite, 156, rue Neuve, à Bruxelles. Une somme de 50.000 fr. est due à cette agence; après encaissement, elle pourra être répartie entre les divers créanciers, sous réserve de quelques créances privilégiées. — L'Union des agences de voyages belges est à la disposition de tout hôtelier pour donner des références sur les agences. Elle recommande instamment aux hôteliers de n'accepter aucune commande d'agences douteuses sans être payés intégralement d'avance.

Asti-Detting
Natürliche Flaschengärung.
Sorgfältig nach Champagner auf dem Rüttelputt behandelt.
ARNOLD DETTLING, BRUNNEN

Sterna

EISCREMEN

für Glacén, Crèmes, Poudings, Blancs mangers, Eiskaffee, Eis-Chocolade

VANILLE/CHOCOLAT/MOKKA
 HASELNUSS/MANDEL/NOUGAT
 PISTACHES/HIMBEER/ERD-BEER/ANANAS/APRIKOSEN

Alleinige Fabrikanten:
Popp & Cie, Basel 2

Tel. 43.848

Unentbehrlich für Hotels, Restaurants u. Pensionen ist unser **hochfeine Fleischkäse** in Dosen

Qualitäts-Vergleiche überzeugen!
 Prompter Versand überallhin

OTTO RUFF
 Wurst- und Konserven-Fabrik
 Zürich - Telefon 37.740

Sämtliches UNGEZIEFER vertilgt in derganzen Schweiz

nach neuest. wissenschaftl. Verfahren, ohne Geruchbelästig. Der einzig sich. Weg mit 100%iger Föhrung sämtl. Ungeziefer samt Brut.

Kaspar & Co.
 Desinfektions-Spezialität
 Zürich, Elisstr. 16
 Telefon 72.245
 Bern, Kölzstr. 53
 Telefon 22.297

ORO
 DAS FEINSTE BUTTERHALTIGE **KOCHFETT** mit **höchstem Buttergehalt**

Feinstes und aussergewöhnlich ergiebiges Spezialprodukt mit 25% eingesottener Butter, als hochwertigsten und vorteilhaftesten Ersatz für eingesottene Tafelbutter.

Fabr. Flad & Burkhardt A.-G. Zürich-Oerlikon, Trusselfreie Speisefettfabrik, Telefon 68.445

TROESCH'S

HOTEL-ZIMMER-TOILETTE

Triumph

Unerreicht in Eleganz und Qualität

TROESCH & Co, A.-G.
 BERN - ZÜRICH - ANTWERPEN

Eine Annonce in der „Hotel-Revue“ ist eine vorzügl. Geschäfts-Empfehlung!

Preisabschlag! Preisabschlag!

Knorr

Fleischbrühmasse

Neuer Preis: Dose à 1 Kilo jetzt Fr. 6.40 - Dose à 5 Kilo jetzt Fr. 30.—

Knorr-Fleischbrühsuppe mit Gemüseeinlagen
 Glas mit netto 1 Kilo jetzt Fr. 7.—

Auch die beliebte sehr gehaltvolle **Knorr-Hühner-Bouillonmasse** ist billiger geworden.
 Eine Dose mit netto 1 Kilo Inhalt kostet nur noch Fr. 7.50.

Knorr-Nährmittel A.-G., Thayngen (Kt. Schaffh.)

Sorgfältig selbstgekelterte

Ostschweizer Weine

des preiswürdigen Jahrganges **1934**
 reichhaltiges Sortiment

Alkoholfr. Obstsaft VOLG
 (Qualitätsprodukt) empfiehlt

Verband ostschweiz. landwirtschaftl. Genossenschaften (V.O.L.G.)
 Winterthur

ist heute überall selbstverständlich. Wenn Sie unsere beliebte Ser-Packung nicht kennen sollten, senden wir Ihnen gerne Muster mit Angabe des nächsten Lieferanten.

ZUCKERMÜHLE RUPPERTSWIL A.-G.
 Fabriken in Ruppertswil bei Aarau und Eggenwil bei Romanshorn

Beste Existenzmöglichkeit durch Kauf einer gut eingeführten nachweisbar rentierenden

Pension

an bester Lage Basels mit allem mod. Komfort (Bad, Toil., Zentralheiz., Lift). Seriose Interessenten erhalten Auskunft unter Chiffre F. G. 2698 an die Hotel-Revue, Basel 2. (Agenten verboten.)

Aequalor

Sie sind Ihrem Gast einen guten Kaffee schuldig! Die Handhabung des Kaffee-Expreß-Aequalor ist kinderleicht. Im Betrieb ist diese Maschine äußerst sparsam. Mit einem einzigen Griff schalten Sie Strom und Wasser ein, schon kocht es automatisch und wird durch das Kaffeepulver gepreßt. Sie drehen einen kleinen Hahn und füllen den herrlichsten Frisch-Kaffee ab. Verlangen Sie unverbindlich unsern Prospekt.

KARL SCHNITZLER + ARBON
 APPARATEBAU • TELEPHON 154

2 Worte,
 die Vertrauen schaffen:

Hero Lenzburg

Keine langen Erklärungen, denn „Hero Lenzburg“ ist seit 50 Jahren der Inbegriff erstklassiger Conserven und Confitüren frischster Ernte aus eigenen Kulturen. Und für den Hotelier bedeutet „Hero Lenzburg“: Grosse Auswahl, prompte Lieferung, zufriedene Gäste, Erfolg!



Vater Beinhuber und Sohn

seines Zeichens Bierbrauer aus München weilt am Lago Maggiore und lässt sich von der Tessinersonne rösten. „Franzel, dass d' mer fei net ins Wasser eini gehst, grad noch'em Essen. S'wär schad um dö feinen Bohnen, so feine Bohnen kriagt ma holt bei uns in München net . . . dös wär a Fress'n mit Weisswürsteln und a Mass Bier!!“ Wie mancher Hotelier wäre durch solche Aussprüche von der Wichtigkeit der Anschaffung guter Conserven überzeugt!

Wir kaufen unser Obst und Gemüse direkt beim Bauer, deshalb liefern wir besser und billiger.



Conservenfabrik St. Gallen A.G.

Telephon 80.68

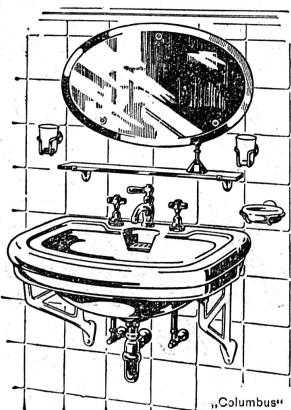
PRIMA SEIFEN

Spezialseifen, Wasch-, Flecken- u. Putzmittel
Liefere vorteilhaft
CHEMISCHE U. SEIFENFABRIK STALDEN (EMMENTAL)

Revue-Inserate haben Erfolg!

Ihr Hotel ist stets besetzt

wenn Sie in Ihren Zimmern Waschtische mit fließendem temperiertem Wasser haben
BAMBERGER, LEROI & CO., ZÜRICH
Aktien-Gesellschaft
Fabrik sanitärer Einrichtungen



„Columbus“

Votre hôtel sera toujours au complet

si les lavabos avec eau courante et tempérée sont installés dans toutes vos chambres

BAMBERGER, LEROI & CO., ZÜRICH
Société Anonyme
Fabrication d'appareils sanitaires

Kommen Sie
Buchkollektion



Orientieren Sie sich über diese Mustersammlung neuerlicher Druckarbeiten, bevor Sie Ihren nächsten Doppelt-Auftrag vergeben

Geb.-Frey A.G. Zürich
Buch-Stein-Offset- und Kupferdruck
Telephon 26 887

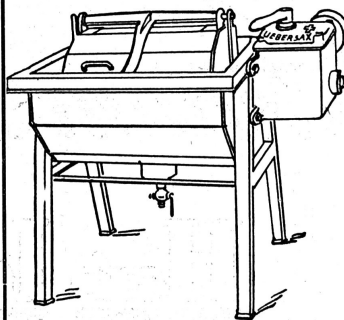


F. Schudrin
FAHNENFABRIK BASEL
PFLUGGASSE 1 - TEL. 43 354

Insertieren bringt Gewinn!

Christofle

Die beste Silberpoliermaschine der Gegenwart. Die letzte Verbesserung des Erfinders „Uebersax“



Offerten, Referenzlisten und Zeugnisse durch die einzige Verkaufsstelle für die Schweiz

S. A. D'ORFÈVRERIE CHRISTOFLE, PESEUX (NEUCHÂTEL)

Hoteliers!

Führen Sie die ausgezeichneten Batschari

ARBALÈTE (Maryland) **60** cts. }
RONDE (Orient) **70** cts. } 20 Stück

mit den hübschen Schweizer Photos. (Sammelalben à 50 cts.)

Sie werben für Reisen und Ferien in der Schweiz!

Sie werben für Arbeit und Brot für alle, auch für Sie, Schweizer Hoteliers!

Gantanzeige

Für Rechnung der Konkursmasse des W. Kammermann, Hotelier, Romanshorn, werden Mittwoch, den 17. Juli a. c., nachmittags 1 1/2 Uhr im „Bodan“ dahier die Liegenschaften des Konkursanten auf öffentliche Versteigerung gebracht:

Parzelle Nr. 155: 40,12 a Gebüdegrundfläche, Hofraum, Garten und Weg, mit: Hotel „Bodan“, brandversichert unter Nr. 952 für Fr. 280.000.—, eine Scheune mit Waschküche, brandversichert unter Nr. 953 für Fr. 36.000.—, eine Triebkalle mit Kegelbahn, brandversichert unter Nr. 954 für Fr. 8.000.—, eine Autogarage, brandversichert unter Nr. 955 für Fr. 4.000.—
Amtliche Schätzung total Fr. 261.000.— Zugehör laut Inventar Fr. 23.221.60
Die Steigerungsbedingungen und das Lastenverzeichnis liegen 10 Tage vor der Gant bei der unterzeichneten Anstalt zur Einsicht auf.

Romanshorn, den 12. Juni 1935.

Im Auftrage des Konkursamtes Arbon: Betriebsamt Romanshorn.



Ersparnisse in der Küche

Noch nie musste, wie gerade dieses Jahr, mit dem Rappen gerechnet werden. An allen Ecken und Enden heisst es für Sie, die Ausgaben aufs Äusserste einzuschränken.

Vergleichen Sie folgende Preise mit den bisher bezahlten, und Sie werden sehen, dass sich durch regelmässigen Bezug unserer Produkte in der Küche noch eine hübsche Summe einsparen lässt.

Kaspar-Speisefette

„Kaspar-Gold“ mit 15 % Naturbutter, erstklassig Fr. **2.50**
„Blau“ körnig „ **1.50**
„Haka-Weichfett“ (Erdaussfett) mit 15 % Naturbutter „ **1.90**
„Haka-Weichfett“ (Erdaussfett) „ **1.55**

Kaspar-Margarine

„Extrafein“ mit 15 % Tafelbutter, für feine Pâtisserie „ **2.60**
„Extra“ mit 15 % Naturbutter, für feinen Blätterteig „ **2.40**
„Prima“ mit 15 % Naturbutter, für guten Blätterteig „ **2.20**
„Haka-Crème“ mit 15 % Naturbutter, vegetabil „ **2.60**

Wir garantieren, dass Ihr Chef auch bei diesen bescheidenen Preisen ausgezeichnet kochen wird.

Sollten Sie mit einem dieser Erzeugnisse nicht voll und ganz zufrieden sein, so nehmen wir die angebotene Packung anstandslos zum vollen Preis zurück.

Schreiben Sie uns noch heute.



HANS KASPAR & Co., Zürich 3

Trustfreie Speisefettfabrik
Binzstr. 12 - Telefon 57.730